

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(14 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 4. März. Se. R. G. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchst geruht: Dem Sekonde-Lieutenant a. D. Adolf Wilhelm Ernst von Winterfeld zu Berlin die Kammerjunkerwürde; so wie dem Appellationsgerichtsrath Hausleutner in Posen den Charakter als Geheimer Justizrath zu verleihen; die Kreisrichter Döring in Pleschen, Meichwein in Kempen, Seitemeyer in Wreschen und Volbeding in Schwärin a. d. W. zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen; den Rechtsanwaltschafts- und Notariats-Engelhardt zu Posen und Ditts in Meiseric den Charakter als Justizrath, und dem Kreisgerichtsfetretär Bohlmann zu Rawitz den Charakter als Kreisgerichtsrath beizulegen; ferner dem Hofoladenfabrikanten Albert Niehe zu Potsdam das Prädikat eines R. Hoflieferanten zu verleihen.
Der Advokat Christian Joseph Spickhoff zu Düsseldorf ist zum Anwalt bei dem R. Landgerichte daselbst ernannt worden.
Se. R. G. der Prinz Friedrich Karl von Preußen ist am 2. d. aus Stettin hier eingetroffen und wieder dahin zurückgereist.

Art. 56 des „St. Anz.“ enthält Seitens des R. Justizministeriums eine allgemeine Verfügung vom 10. Febr. 1860, betr. die Zahlung der Haft- und Verpflegungskosten im Falle der Freisprechung des Angeklagten, aus dem Kriminalfonds; ferner Seitens des R. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten einen Erlaß vom 24. Dez. 1859, bezüglich auf die Erziehung und den Unterricht der Blödsinnigen.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Sonntag, 4. März. Der heutige „Observer“ sagt, daß in der morgen stattfindenden Sitzung des Unterhauses eine von Baines unterstützte Antrag auf Ueberreichung einer Adresse an die Königin stellen wolle, in welcher, ähnlich wie in einer Adresse im Jahre 1787, ausgesprochen werden soll, das Unterhaus erkenne dankbar den mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag an, als einen neuen Beweis vom dem Wunsche der Königin die Wohlfahrt ihrer Unterthanen zu befördern.

Der Dampfer „Canada“ ist mit Nachrichten aus New York vom 24. v. Mts. in Queenstown eingetroffen. Nach denselben ist der Dampfer „Hungarian“ gänzlich verlosren und man befürchtet, daß alle auf demselben befindlichen Passagiere um's Leben gekommen sind.

Turin, Sonntag, 4. März. Das Resultat der Wahlen wird am 20. d. bekannt werden. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Modena vom gestrigen Tage hätte das päpstliche Gouvernement den Transithandel zwischen Ancona und der Romagna verboten, die Kaufleute aber gegen dieses Verbot protestirt. In den Marken herrschte Aufregung; die Grundbesitzer verweigerten die Steuern. Tausende von Bürgern unterzeichneten Adressen an die Großmächte. Für den Papst und Neapel treffen fortwährend Desreicher in Ancona ein. (Eingegangen 5. März 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 4. März. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Heute Vormittag hörte die Königin mit den Hofdamen die Predigt in der Friedenskirche zu Potsdam. Unter den Anwesenden befanden sich auch die hessischen Prinzen und viele höhere Offiziere. Nachmittags machten die Majestäten, obgleich das Wetter nicht günstig war, eine Spazierfahrt; in der Begleitung der Allerhöchsten Personen befanden sich der Leibarzt Dr. Boeger und der dienstthuende Adjutant. Ueber den Zustand des hohen Patienten hört man von Personen, die von Potsdam kommen, wenig Tröstliches; anders lauten die Mittheilungen, die aus offizieller Quelle stammen. — Der Prinz-Regent wollte sich heute Mittag 12 Uhr mit seiner Gemahlin zur Königin nach Schloß Sanssouci begeben, blieb aber hier zurück und die Frau Prinzessin fuhr allein, begleitet von dem Kammerherrn Grafen v. Boos-Waldock und der Sopame Gräfin v. Gade. Um 3 Uhr Nachmittags kehrte die Frau Prinzessin mit den hessischen Prinzen und dem Erbprinzen von Hohenzollern hierher zurück und fand darauf im Palais des Prinzen-Regenten die Familientafel statt, an der außer den königl. Prinzen und Prinzessinnen auch der Prinz August von Württemberg, der Herzog und die Fürstin von Hohenzollern und andere hohe Herrschaften erschienen. Abends besuchten Ihre R. Hoheiten die Oper; es wurde „Christine“ gegeben. — Der Prinz-Regent hatte heute Vormittag eine Konferenz mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz; die Frau Prinzessin wohnte mit dem Prinzen Albrecht (Sohn) und der Prinzessin Alexandrine dem Gottesdienst in der Mathiaskirche bei; die übrigen Mitglieder der k. Familie waren in der Domkirche anwesend. Gestern Nachmittag 5 Uhr hörte die Frau Prinzessin von Preußen den im wissenschaftlichen Verein von dem Privatdozenten Dr. Gelferich über das Beamtenenthum gehaltenen Vortrag; darauf besuchten die hohen Herrschaften die italienische Oper. — Der Prinz Karl ist gestern Abend im strengsten Satoguito nach Nizza abgereist. Der hohe Reisende hat seinen Weg einen kurzen Besuch zu machen. Der Prinz will, wenn die Kaiserin-Mutter nicht seinen längeren Besuch wünscht, Anfangs April von Nizza die Rückreise nach Berlin antreten. — Gestern Mittag 1 Uhr fand im Palais der Fürsten Radziwill am Sarge des Kasellans Aug. Weillik eine Trauerfeierlichkeit statt. Es war eine ergreifende Feier und zwar ganz besonders deshalb, weil sie Zeugniß gab von dem tiefen Schmerz, den die fürstlichen Familien über den Heimgang des treuen Dieners empfanden. Der Sarg stand im Gartensale, an derselben Stelle, wo sonst die fürstlichen Leichen aufgestellt

waren, und war bedeckt mit den schönsten Kränzen und umgeben von den herrlichsten Topfgewächsen aus dem fürstl. Treibhause. Als die Fürsten und Fürstinnen in der Trauerversammlung erschienen, knieten die Fürstinnen Mathilde und Leontine am Sarge nieder und verrichteten unter Thränen ein stilles Gebet. Es war ein ergreifender Moment, zwei erhabene Frauen am Sarge eines Dieners auf den Knien im Gebet zu sehen. Die Versammlung, in der sich die Gräfin v. Reale, die Geheimrätthe Brüggemann, Abeken, Hellwig, der Präsident a. D. v. Kleist, mehrere höhere Militärs und andere hochgestellte Personen befanden, war sichtlich bewegt. Die Gedächtnisrede hielt der Prediger Souhon. Nach dem Schluß derselben traten die beiden Fürstinnen nochmals an den Sarg, pflückten sich von den Kränzen einige Blätter und zogen sich alsdann in tiefer Bewegung zurück, die Fürsten jedoch begleiteten mit ihren Söhnen die Wagen und gaben der Leiche das Geleit nach der letzten Ruhestätte. Unter dem von einem Sängerkorps gesungenen Liede: „Was Gott thut, das ist wohlgethan“ wurde die Leiche nach dem Einsegnungsworten auf dem Dreifaltigkeitskirchhofe in die Gruft gesenkt. Der Verstorbene war auch in der Provinz Posen eine bekannte Persönlichkeit. Einen sehr guten Eindruck hat es hier gemacht, daß die fürstliche Familie Radziwill die Treue eines alten Dieners so hoch ehrte und ihm eine so solenne Begräbnisfeier bereite.

*** Berlin, 4. März. [Die französische Thronrede; Generalkonsul Spiegelthal.] Die französische Thronrede hat hier in den maßgebenden Kreisen gar nicht so beruhigend gewirkt, als man nach den wiederholten Versicherungen von dem Werth, den man auf die Erhaltung des Friedens legen müsse, vielleicht erwartet oder gehofft haben mag. Es sind namentlich zwei Stellen, welche die Wirkung der sonst auf Beruhigung berechneten (?) Rede wieder in Frage stellen mußten, nämlich die, welche über die Autonomie Toscanas sich ausläßt, und die, welche ein „Zurückfordern“ der französischen Abhänge der Alpen in Aussicht stellt. Obgleich uns über den Eindruck, den diese Stellen der Thronrede hervorgerufen, kein Zweifel sein konnte, wollten wir doch erst den französischen Text abwarten, um uns zu vergewissern, daß dieses Wort „Zurückfordern“ dem kaiserlichen Munde wirklich entschlüpft ist. Leider ist dem so. Wenn aber der Kaiser dieser Theorie die Praxis wird folgen lassen wollen und wenn er die Meinung der Großmächte über diesen Gegenstand einholen wird, so glauben wir nicht fehlzugehen, wenn wir die Vermuthung aussprechen, daß die Zurückforderung dieser angeblichen französischen Alpenabhänge bei Preußen schwerlich die gewünschte Zustimmung finden wird. Mit demselben Rechte könnte Napoleon nicht allein ganz Savoyen, nicht allein Nizza, sondern auch die Alpenabhänge reklamiren, welche tief in das Gebiet Piemonts hineinreichen, wo ausschließlich italienisch gesprochen wird. Im Uebrigen könnten wir es, von unserm Standpunkte aus, allenfalls begreiflich finden, wenn Preußen den Prinzipien der Nationalität, des europäischen Gleichgewichts, ja selbst der natürlichen Grenzen, wie sie in dieser Frage speziell zu Tage treten, bis zu dem activen Entstehen dafür Geltung zu verschaffen sucht. Wir würden es aber schwer begreifen, wenn eine preussische Regierung der Theorie des Zurückforderns nicht sofort den allerentschiedensten Widerstand bereite. Wir glauben aber auch nicht, daß Preußen mit einer Zurückweisung solchen Ansinnens allein stehen wird, wollen aber zugleich bemerken, daß die Großmacht, welche damit gemeint, jedenfalls nicht Oesterreich ist, welches mit eben so großem Vergnügen an Frankreich nicht bloß Savoyen und Nizza, sondern auch halb Sardinien dazu geben würde, als es früher darauf hingearbeitet hat, Neuchâtel der Krone Preußens zu entreißen. Aus diesen Ausführungen wird man entnehmen können, wie viel Grund vorliegt, die französische Thronrede für „beruhigend“ zu halten. Wir können auch heute nur wiederholen, daß die Gefahren eines europäischen Krieges trotz allen Stellen der französischen Thronrede, die den Frieden erhoffen, nicht im Abnehmen begriffen sind. Und zu diesem Bedenken giebt einen weiteren Anlaß auch die Stelle der Thronrede, in welcher der Kaiser im Widerspruch mit der Depeche des Hrn. v. Thowenel über die Autonomie Toscanas sich ausläßt. Glaubt der Kaiser Napoleon, daß, wenn es durch irgend welche Manöver gelänge, die Autonomie zur Errichtung eines selbstständigen Königreichs Sturien zum Frommen seiner zukünftigen Pläne auszubenten, König Victor Emanuel Savoyen ausliefern würde, das selbst mit dem Preise von ganz Mittelitalien, immer noch kaum genügend bezahlt wäre? Der König von Sardinien wird sicherlich die Wiege seines Stammes nur um das bequeme Bett vertauschen, welches entweder Venetien oder Zentralitalien umfaßt. Das ist das Programm Cavour's, von dem weder dieser noch der König sich losgelast hat. Was nun die Stellung Toscanas selbst anbetrifft, so ist zunächst zu bemerken, daß einmal die Devise Ricafoli's „l'annexion ou la mort“ ist, und daß von den 244 Municipalrathen, welche die Wahl zum Parlamente vorbereiten, 242 der Annexion günstig gestimmt sind. Unter den gegebenen Umständen könnte allerdings Ricafoli seine Devise dahin modificiren, daß er sagt: „Lieber die Fortdauer eines Provisoriums, als einen fremden Herrscher“, und für diesen Fall wissen wir, sind die Hülfsmittel Toscanas so geschont, daß es ein solches Provisorium noch zwei Jahre hindurch ertragen könnte. Wie aber, wenn Toscanas einfach den König von Sardinien zum Herrscher wählt, wenn es von einem andern Herrscher schlechterdings nichts wissen will, und somit das ihm zugestandene Recht der Autonomie auf seine Weise geltend macht? — Der Justizminister hat die Einleitung einer Kriminaluntersuchung gegen den Generalkonsul Spiegelthal fallen lassen, und steht demselben also nur höchstens eine Disziplinaruntersuchung bevor. (Und darum so großen Eklat?! D. Red.)

— [Literarischer Mißbrauch.] Die „Pr. Z.“ enthält folgenden officiösen Artikel: Vor Kurzem sind in Leipzig Briefe von Alexander v. Humboldt an Barnhagen v. Ense nebst einem Tagebuch des Letzteren der Öffentlichkeit übergeben worden. Der überwiegende Theil des Inhalts dieser Schriftstücke hätte von einer solchen Publication zurückhalten sollen. Mittheilungen der privatesten und vertraulichsten Art in dieser Weise auf den literarischen Markt zu werfen, kann keinen anderen Zweck haben, als die ebenso gehässige wie verwerfliche Spekulation, ein ärgerliches Aufsehen zu erregen. Solches Verfahren mußte in unserm Lande dem Verdacht der öffentlichen Meinung anheimfallen. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Staatsregierung diesem verwerfenden Urtheil in vollem Umfange beipflichtet. Dasselbe ist so laut und einstimmig erfolgt, daß, wie uns versichert wird, die Regierung nicht weiter Werth darauf legt, eine gerichtliche Verfolgung jenes Buches einzuweisen zu lassen. (Die Konfiskation ist aufgehoben. D. Red.) Der gesunde Sinn und das sittliche Gefühl des Publikums haben nachdrücklicher, als die Abhandlung des Gesetzes vermocht hätte, einen Mißbrauch gerichtet, für dessen Bezeichnung ein angemessener Ausdruck schwer zu finden sein dürfte.

— [Hannover und die deutsche Küstenbefestigung.] In Veranlassung der neulich hier zur Verathung über den künftigen deutschen Küstenschutz versammelte gewesenen Kommission von Bevollmächtigten der deutschen Weststaaten und der trotz aller entgegenstehenden Zeitungsnachrichten noch immer gleich negirenden Stellung Hannovers zu dieser je länger, je mehr unaufschiebbaren Angelegenheit soll es jetzt in der Absicht der preussischen Regierung liegen, gleichsam als Einleitung und Vorbereitung zu dem von jener Kommission als erste Nothwendigkeit erkannten Bau von Eisenbahnen aus Hamburg über Harburg nach Kurhaven, und wieder von Hamburg nach Bremerhaven und Bremen, so wie endlich von dieser letztgenannten Stadt über Oldenburg nach Emden, die Frage über den durch den Widerspruch Hannovers schon so lange verzögerten Bau der Eisenbahn von Minden nach dem Jadebusen dem Bundestage zur Entscheidung vorzulegen. Es handelt sich in diesem Falle darum, ob dergleichen bei jenen nothwendigen Bauten gewiß noch ferner voraussetzende Konflikte nach Art. II. der Bundesakte und Art. 1, 2, 41 und 51 der Wiener Schlusssätze entschieden werden sollen, wonach wenigstens dem Bunde selbst das unbedingte Recht zustünde, überhaupt nothwendige Fortifikationsanlagen (und diese Eisenbahnbauten sind allerdings als solche zu erachten) auch gegen den Widerspruch des Territorialherrn auf dessen Grund und Boden auszuführen, oder ob auch in diesem Falle wieder der Artikel VII. der Bundesakte in Anwendung käme, wonach hierzu als über eine organische Einrichtung des Bundes die Einstimmigkeit sämtlicher Bundesglieder erforderlich sein würde. Es wäre dies also gewissermaßen ein von Preußen angeregter Kompetenzkonflikt, wobei aber die Anerkennung des Bundes für die unbedingte Nothwendigkeit der letztgenannten Bahn, resp. die Ausnahme der angeregten Frage selbst von Seiten des Bundes als Bundesfache vorhergehen müßte, woran unter den obwaltenden Umständen doch noch zu zweifeln ist, obwohl bei dem gänzlichen Mangel an Festungen im deutschen Nordwesten die Augenscheinlichkeit klar auf der Hand liegt, daß Minden und damit auch die Bahn von dieser Festung nach dem Jadebusen für die dortige Küstenbefestigungsanlage die natürlichen Stütz- und Haltepunkte bilden müssen.

— [Bau von Kanonenbooten.] Die zwanzig im vorigen Jahre in Bau genommenen und dem Vernehmen nach spätestens bis Mitte dieses Sommers sämtlich völlig seetüchtig hergestellten Kanonenboote sollen gleich von vornherein mit schweren gezogenen Kanonen bewaffnet werden, worüber indeß, da die Vorbereitungen zum Bohren und Ziehen derselben eben noch erst getroffen werden, wohl noch längere Zeit verstreichen dürfte. Es bestätigt sich übrigens, daß sofort nach Vollendung dieser wieder eine Anzahl neuer Kanonenboote in Bau genommen werden soll und zwar soll zunächst die Absicht vorliegen, diesmal neben mehreren größeren und schwer bewaffneten Booten auch einige ganz flach gehende Fahrzeuge, von je nur 40 Pferdekraft und mit je einem gezogenen 24- oder 32-Pfünder bewaffnet, zu bauen, um damit dem Küstenschutz für die sowohl in der Ostsee wie Nordsee so häufigen flachen Stellen ein neues geeignetes Material hinzuzufügen. (M. Z.)

— [Diskonto.] Die Bremer Bank, die unter den deutschen Plägen zuerst dem Beispiel der Bank von England mit einer Diskonto-Erhöhung gefolgt ist, ist auch die erste, den wieder flüssiger gewordenen Geldmarkt durch Herabsetzung des Diskontos von 3½ Prozent auf 3 Prozent zu konstatiren. Bekanntlich erwartete man auch in London schon mit dem vergangenen Donnerstag eine Ermäßigung eintreten zu sehen. Die Preussische Bank hält immer noch an dem, dem diesseitigen Geldstande nicht entsprechenden Diskontofuß von 4 Prozent. Der marktständige Preis des Geldes an unserm Plage erhebt sich kaum über 2½ Prozent. (B. H. Z.)

— [Telegraphisches.] Die neueste französische Thronrede ist das umfangreichste Telegramm, das bisher auf dem Kontinent veröffentlicht worden ist. Die Thronrede umfaßt 1464 Worte, und betragen die Telegraphenkosten für dieselbe mehrere hundert Thaler. Bei den augenblicklich vorhandenen mannichfachen Störungen auf den verschiedenen Telegraphenlinien, die durch den orkanartigen Sturm, der in verfloßener Woche, namentlich im Westen, herrschte, hervorgerufen sind, war es mehr als zweifelhaft, ob es noch gelingen würde, das so umfangreiche Telegramm rechtzeitig nach Berlin zu expediren. Dank den Anstrengungen der Telegraphendirektion, und wir müssen hinzufügen, der sämtlichen theilhaftigen Beamten, ist es möglich gewesen, die Ungunst der Ver-

hältnisse zu besiegen und das umfangreiche Aktienstück in verhältnismäßig größter Beschleunigung hierher zu befördern. Die Rede wurde in 19 verschiedenen Theilen, jeder circa 70 bis 80 Worte umfassend, an den Adressaten befördert. Der erste Theil traf um 7 Uhr 15 Minuten Abends ein, der Schluß um 10 1/2 Uhr Nachts, so daß jede Telegraphirung von circa 80 Worten nicht volle 10 Minuten inklusive der Reinschrift in Anspruch nahm, ein sicherlich mehr als befriedigendes Resultat, wenn man überdies noch in Betracht zieht, daß die Telegraphirung in französischer Sprache geschah, und daß das Telegramm in vollständig korrekter Form, selbst bis auf die Interpunktion, wiedergegeben wurde. (N. Z.)

Breslau, 4. März. [Die jüdischen Rittergutsbesitzer] Silberstein in Maltwitz, Werther in Klein-Masselwitz und Rosenthal in Alt-Schlesia haben in Gemäßheit des Erlasses des Ministers des Innern vom 3. v. M. die Polizei-Verwaltung in den betreffenden Dörfern des Breslauer Kreises jetzt selbst übernommen. (Schl. Z.)

Stettin, 3. März. [Rabbiner-Einführung.] Gestern Abend trat der neue Rabbiner Treuherz in sein neues Amt ein. Der Repräsentant und Vorsteher der Synagoge und Schule, Louis Levi, führte ihn mit wenigen Worten in seine neue Stellung ein und übergab ihm die Stätte seiner künftigen Wirksamkeit, wobei er zugleich die Andeutung machte, daß, wenn der neue Rabbiner Änderungen in der äußeren Form des Gottesdienstes, die dem Wesen und dem Ritual nicht entgegen wären, vorschlagen würde, die Gemeinde gewiß ihre Zustimmung geben würde. Bemerkenswerth dürfte sein, daß zum ersten Male Orgelbegleitung sowohl die Chöre, wie die übrigen Gesänge unterstützte. (St. Z.)

Oesterreich. Wien, 2. März. [Tagesbericht.] Eine k. Entschliebung vom 22. v. M. bewilligt, daß die von dem Handelsmann Johann G. Sothen als Lotterie-Ergebnis überreichte Summe von 60,000 Gulden öst. W. zur Gründung einer Stiftung für verwundete Krieger der österreichischen Armee in Verwendung gebracht und diese Stiftung nach dem Namen des Kronprinzen Erzherzogs Rudolph benannt werden dürfe. — Der Baron v. Meyendorff d. J., Attaché der russischen Gesandtschaft in Berlin, der vor einigen Tagen von dort Depeschen an Herrn v. Balabine überbracht hat, ist am 28. v. M. mit Retourdepeschen wieder nach Berlin zurückgekehrt. — Die Verfassung für die Evangelischen Augsburg und helvetischen Bekenntnisse in den deutsch-slavischen Kronländern ist im Entwurf fertig. Die Prinzipien sind dieselben, wie sie im k. Patent vom 1. September v. J. für die Evangelischen in den ungarischen Kronländern ausgesprochen wurden, nämlich allgemeines Priestertum, ausgeübt durch die Gemeinde-, Bezirks-, Landes- und Generalsynode. Eine k. Behörde unter dem Titel: „k. k. oberste Kirchenbehörde“, wird sowohl dem Kaiser verantwortlich sein. — Der Kaiser hat in Ausführung des Allerhöchsten Patents vom 1. September v. J., betreffend die innere Verfassung, die Schul- und Unterrichtsangelegenheiten und die staatsrechtliche Stellung der evangelischen Kirche beider Bekenntnisse in den Königreichen Ungarn, Kroatien und Slavonien, in der serbischen Wojwodschafft mit dem Temeser Banat und in der Militärgrenze, die den zwölf Superintendenzen in den genannten Ländern zugesicherten jährlichen Unterstützungsbezüge, welche zu verwenden sind: a. zur Verabfolgung jährlicher Funktionszulagen an die Superintendenzen; b. zur Verabfolgung jährlicher Funktionszulagen an die Senatoren; c. zur Unterstützung armer Pfarren und Volksschullehrer, mit Allerhöchster Entschliebung vom 4. September v. J. auszuweisen und mit Allerhöchster Entschliebung vom 5. Februar l. J. anzuordnen geruht, daß diese Unterstützungsbezüge in dem Gesamtbetrage von 94,400 fl. schon in dem laufenden Verwaltungsjahre nach Maßgabe des Bedürfnisses dem Ministerium für Kultus und Unterricht zur Verfügung gestellt werden. — Es hat sich in Wien ein Verein jüdischer Autoritäten und angegebener Israeliten zur Herausgabe eines Talmud mit allen Kommentaren gebildet, welcher an Billigkeit, Schönheit und Korrektheit alle in Ostreich erschienenen und letzter Zeit angekündigten Ausgaben weit übertrifft. Der Verein hat die Ausführung dieses israelitischen Nationalwerkes der typographischen Anstalt von Zamarski und Dittmarich in Wien übertragen, welche durch mehrere große beachtliche Werke ihren Ruf auch in dieser Richtung gerechtfertigt hat. — Die Beschuldigungen am hiesigen Schlachthaus, welche wegen der Rinderpest eingeführt wurden, sind nunmehr theilweise wieder aufgehoben, nachdem seit längerer Zeit in Wien kein Fall von Rinderpest mehr vorgekommen ist.

Wien, 3. März. [Beziehungen zu Rußland.] Ein hiesiges Blatt, die „Morgenpost“, ließ sich durch „Morning Chronicle“ zu dem Irrthum verleiten, es fänden Unterhandlungen über eine Allianz mit Rußland statt, und ein russischer General sei in Wien, um diese zu führen. (Wir haben die Nachricht früher nicht mitgetheilt, da wir genügenden Grund hatten, an deren Richtigkeit zu zweifeln; d. Red.) Es ist, wie ich wiederholt versichern kann, von solchen Verhandlungen nicht die Rede, es ist auch kein russischer General zur Zeit in Wien. (Doch! der General v. Versmannoff, der aber schwerlich diplomatische Aufträge haben dürfte; d. Red.) Ich habe berichtet, daß wegen Serbiens Beredungen hier und in Petersburg stattfinden, die aber auf ein Bündniß nicht abzielen. Ueber die italienische Angelegenheit werden sogar alle Unterhandlungen mit dem russischen Kabinet nicht gepflogen, der diplomatische Verkehr in dieser Frage beschränkt sich auf die Mittheilungen, die Oesterreich allen Höfen hat zugehen lassen, während Rußland seine Absichten dem hiesigen Hofe darzulegen, noch keine Veranlassung genommen hat. Es wird mir versichert, daß die Anregung zu freien Konferenzen, welche von Petersburg ausgegangen ist, in Paris und London gescheitert war, ehe man hierher in offizieller Form davon Kenntniß erlangt hatte. (VöZ.)

Berona, 25. Febr. [Die Rüstungen.] Der „Lombardia“ wird von hier geschrieben: „Oesterreich bereitet sich zum Kriege und die kolossalen Rüstungen beweisen, daß es eines furchtbaren Kampfes gewärtig ist. Seit mehr als einer Woche langen jede Nacht Dampfer in Venedig an, wohin sie enorme Mengen von Kriegsmaterial bringen. Diese Munitionen werden sofort nach Padua gebracht, welches, wie es scheint, das Zentrum der strategischen Operationen sein wird. Die ganze Linie der Eisenbahn entlang, von Dolo nach Padua, sieht man gezogene Kanonen; es sind deren bereits für elfe 20 Batterien, Feld- und Belagerungsgeschütze, vorhanden. Hier fährt man fort, die Festungsgraben auszutiefen und herzustellen, und die eisernen Geschütze wurden durch

gezogene bronzene Kanonen ersetzt. Man baut ein Fort zu Varon, verbessert die jüngst zu Montreso und bei der Kirche della Madonna di Campagna aufgeführten Werke u. s. w. Zu Peschiera arbeitet man mit der größten Eile an Batterien gegen Malusini, San Bergilio und Cisano hin. Ueberall häuft man Mundvorrath und Proviant an, und man kam bis nach Mailand, um Getreide und Fourage für die österreichische Armee zu kaufen.“ Der „Presse“ schreibt man dagegen: Die von mehreren piemontesischen Blättern gemeldete bedeutende Verstärkung der hiesigen Armee ist durchwegs aus der Luft gegriffen und die hierbei erwähnten Truppenmärsche und Züge stehen lediglich in Verbindung mit der neuesten Armeereorganisation, resp. der Kreirung der neuen Regimenter.“

Bayern. München, 3. März. [Militärisches.] Ziemlich unerwartet kam der Befehl, daß für die Kriegsbefugung der Festung Ingolstadt die Unterfünfteinrichtungen auf 10,000 Mann und 500 Pferde angeschafft werden sollen. Die Friedensbesatzung beträgt 5800 Mann und 190 Pferde. Unverzüglich sollen deshalb auf dem Submissionswege vorläufig in Afford gegeben werden: 20,170 Leintücher, 4249 Strohsäcke, 4459 Kopfpolster, 3630 Bettlaken und 4200 wollene Decken. Endlich für das Militär Lazareth die nöthigen Bettfournituren und Krankenkleider auf einen Krankenstand von 840 Mann. Die Ablieferung muß, je zur Hälfte, Ende Mai und Ende Juli geschehen. (Südd. Z.)

Würzburg, 3. März. [A. S. Bauer.] Am 27. v. Mts. starb zu Kloster Oberzell der Miterfinder der Buchdruck-Schnellpresse, Andreas Friedrich Bauer. Württemberger von Geburt, hatte er sich dem Studium und der Ausübung der Mechanik gewidmet, und befand sich schon in England, als sein späterer Freund und Genosse, König aus Gießen, über Petersburg nach London kam, um dort seine Erfindung der Buchdruckmaschinen zu vollenden, wobei ihm der nun Verstorbene so förderlich zur Seite stand, daß ihm wohl die Ehre der Miterfindung beigemessen werden darf.

Sachsen. Leipzig, 3. März. [Verurtheilung.] Der Prozeß gegen den bisherigen Professor der Theologie Dr. Emdner wegen der Entwendung und Beschädigung von Büchern aus der Universitätsbibliothek ist am 29. v. M. beendet und der Angeklagte zu 6jähriger Arbeitsstrafe verurtheilt worden. (D. A. Z.)

Baden. Karlsruhe, 3. März. [Kirchliche Streitigkeiten.] Die beiden Hauptströmungen in der evangelischen Landeskirche sind in einem heftigen Kampfe begriffen, welcher viel Unerquickliches zu Tage fördert. In der hiesigen evangel. Diakonissen-Anstalt sind 5 Diakonissen, darunter die Oberschwester, aus der Anstalt getreten und selbst auf persönlichen Anspruch des Prinzen Wilhelm von ihrer Erklärung nicht abgegangen, daß ihr Wiedereintritt nur in Folge der Entfernung eines sogenannten pietistischen Geistlichen und einer Reorganisation des Verwaltungsraths erfolgen könne. Prinz Wilhelm soll der Anstalt seine fernere sehr namhafte Unterstützung unter den obwaltenden Verhältnissen versagt haben. (N. P. Z.)

Frankfurt a. M., 3. März. [Bundesversammlung.] In der heutigen Sitzung des Bundestages beantragte der Ausschuß für die kurbessische Angelegenheit, die Verfassung von 1852 aufrecht zu erhalten, aber in der Form vom Jahre 1858 nicht zu garantiren. Der Ausschuß beantragte ferner, die Aeußerungen der Regierungen über die Verfassung vom Jahre 1852 aufzugeben, die Forderungen der Stände aber für die Verfassung aus dem Jahre 1851 aufzunehmen. Die preussische Erklärung wird noch erwartet.

Wassau. Wiesbaden, 3. März. [Regierung und Landtag.] Die Stimmung im Lande ist für unsere Volksvertretung keine sehr günstige. Scharfen Tadel erfährt die Erste Kammer, weil sie den Gourdeschen Antrag über die kurbessische Frage ablehnte und sich nicht einmal die Mühe genommen hat, die tüchtige und freisinnige Begründung des Antrages in Diskussion zu ziehen. Noch viel stürziger ist man aber darüber geworden, daß der Lang'sche Antrag bezüglich der deutschen Frage von dem Präsidium als in die Ständerversammlung nicht gehörig erklärt und dessen Zulassung abgelehnt wurde. Auch die Berufung des Antragstellers an die Versammlung wurde als unzulässig betrachtet. Der Antrag enthält nichts Anstößiges, wenn man etwa nicht die einfachste Wahrheit dafür erklärt. Die „Rein-Lohn-Zeitung“, in welcher der Antrag vollständig abgedruckt worden, wird in einzelnen Exemplaren nach allen Landestheilen sehr stark verlangt. In der Sitzung der Ständekammer am 27. v. M. kam D. Lang auf seinen Antrag zurück, und der Präsident wiederholte seine Ansicht, worauf der Antragsteller die Versammlung ersuchte, einen Ausschuß zu ernennen zur Prüfung und Berichterstattung darüber, ob der fragliche Antrag in dieser Versammlung zulässig erscheine. Bemerkenswerth ist eine Aeußerung des Regierungskommissars v. Witzingerode: „wenn die Regierungskommission würde in die Lage versetzt werden, solche Angriffe auf den Bund hören zu müssen, so würde sie sich genöthigt sehen, den Saal zu verlassen.“ Eine solche scharfe Kritik im Munde eines Regierungskommissars giebt zu schweren Bedenken darüber Veranlassung, ob man überhaupt in den Kammern noch etwas mehr hören will, als Steuerbewilligungen. Wenn den Kammern nicht einmal das Recht bleibt, „fromme Wünsche“ auszusprechen, wofür dann Geld und Zeit opfern, um sie zum Rathe und Beistande der Krone zu versammeln? (K. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 1. März. [Parlament.] In der gestrigen Unterhaus-Sitzung beantragte der Schatzkanzler im Komitee der Mittel und Wege eine Resolution, kraft welcher außer der gegenwärtig von Spirituosen, die in England destillirt werden, zu entrichtenden Abgabe nach jeder Gallone, die nach dem 29. Februar destillirt wird, oder sich im Vorrathe eines Destillateurs oder abgabefreien Waarenlager befindet, oder nach einem solchen Waarenlager geschäft wird, ein Zuschlag von 1 d. erhoben werden soll. Die Resolution wurde genehmigt. Macdonnell beantragte die zweite Lesung einer Bill, welche den Zweck hat, die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf schiedsrichterlichem Wege beizulegen und auf diese Weise den so verderblichen Arbeitseinstellungen Einhalt zu thun. Walter will sich der zweiten Lesung nicht widersetzen, namentlich da die Vorlage einem Sonderauschusse überwiesen werden solle. Doch verwahre er sich gegen die Annahme, als werde sie dem Uebel, welchem sie abhelfen solle, im Geringsten steuern. Sir G. Lewis rüht dem Hause, einer derartigen Maßregel nur dann seine Zustimmung zu geben, wenn es glaube, daß in Zeiten der Aufregung und des Zwistes der vorgeschlagene Ausweg Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ein Ende machen werde. Im entgegengelegten Falle würde es besser sein, keine falschen Erwartungen zu erregen. Wenn der Antragsteller seinen Antrag nicht fallen lasse, so werde er dafür stimmen, die zweite Lesung bis über 6 Monate zu verschieben. Lord R. Montagu machte auf die günstigen Ergebnisse aufmerksam, welche Schiedsgerichte in anderen Ländern erzielt hätten. Auch in allen den Fällen, wo man in

England von ihnen Gebrauch gemacht habe, seien sie vom besten Erfolge getränkt worden. James findet das Prinzip der Bill empfehlenswerth, die Macdonnell jedoch durchaus unpraktisch. Macdonnell versteht sich schließlich dazu, die zweite Lesung auf einen Monat zu vertagen. Eine gegen die Fällung von Speise und Trank gerichtete Bill wurde hierauf im Komitee verathen.

[Tagesbericht.] Der Prinz von Dranien war vorgestern in Oxford, wo er die Merkwürdigkeiten der Universitätsstadt besichtigte. Er speiste mit dem Prinzen von Wales und reiste am frühen Morgen nach der Insel Wight, wo die Prinzessin Friedrich der Niederlande angekommen ist. — Im preussischen Gesandtschaftshotel war gestern Tafel und musikalische Abendunterhaltung. Unter den Geladenen befanden sich der türkische Gesandte mit Gemahlin, Lord und Lady Rodhouse, Lady Molesworth, Baron Doernberg, Graf Kálnoki, Herr Gladstone mit Gemahlin, Herr George Russell und Sir Charles Phipps. — Dem Herzoge und der Herzogin von Aumale zu Ehren war beider Gräfin Waldegrave großes Diner. Nach demselben begaben sich Z. K. H. zur Soiree von Lady Palmerston, die so zahlreich besucht war, daß die Salons die Gäste kaum fassen konnten. — Die Thätigkeit in den englischen Schiffswerften und Arsenalen dauert trotz Handelsvertrags ununterbrochen im größten Maßstabe fort. So läßt die Regierung jetzt in Portsmouth und Sheerness bis 10 Uhr Nachts arbeiten und zahlt außerordentlich hohe Löhne, um die daselbst vom Stapel gelassenen Kriegsschiffe möglichst rasch für den Dienst bereit zu haben. — Die türkische Regierung läßt hier dem Gerüchte, daß sie die Abschließung einer neuen Anleihe beabsichtige, offiziell widersprechen. Es seien den Ministern von verschiedenen Kapitalisten allerdings Anerbietungen gemacht worden, doch habe sie die Regierung abgelehnt. — Auf einer gestern stattgefundenen Versammlung der atlantischen Telegraphen-Gesellschaft wurde beschlossen, neue Aktien zu 20 Pfd. bis zum Betrage von 20,000 Pfd. auszugeben, um neue Versuche mit dem alten Kabel anzustellen. Gelingen diese Versuche, dann soll Jeder, der eine dieser Aktien nimmt, später eine zweite von gleichem Werthe als Prämie erhalten oder am Gewinne des Unternehmens sich theilhaben dürfen. Die alten Direktoren zeichneten zusammen 20,000 Pfd., d. h. den zehnten Theil des gewünschten Kapitals. — Es war nicht ohne Grund, daß man schlimme Nachrichten über die Wirkung des großen Sturmes vom Montag und Dienstag besorgte. Viele Fahrzeuge sind mehr oder weniger beschädigt worden, und beim Vorgebirge St. David's Head ist ein großer Dampfer, dessen Namen noch Niemand kennt, mit Mann und Maus zu Grunde gegangen. Vom Ufer aus war, der Brandung wegen, leider keine Rettung möglich. Man sah gegen 30 Personen auf dem Verdecke, darunter 6 Soldaten und eine Frau mit 4 Kindern, die verzweiflungsvoll die Hände nach dem Lande ausstreckte. Drei Personen stürzten sich mit einem Schwimmgürtel versehen, in die See, aber zwei davon versanken bald, während der dritte eine volle Stunde mit dem Tode rang, bis auch er von den Wellen verschlungen wurde. Endlich ging das Schiff mitten auseinander und versank mit Allem, was darauf war. Bis gestern Abend war auch nicht ein einziges Drümmersstück davon an der Küste wieder zum Vorschein gekommen. Es soll ein irischer Dampfer gewesen sein. — Im vorigen Jahre hatte sich Australien Sperlinge zur Vertilgung des Feldgewürms, Fasane für Jagd und Fasel, zuletzt Nachtigallen zur Belebung der Büsche kommen lassen, um sie dort heimisch zu machen. Jetzt wollen sie auch den schott. Salm hinüber versetzen, und zu diesem Zwecke gingen am 25. d. ungefähr 30,000 Salmeier mit dem Schiffe „Cutling“ von Liverpool nach Melbourne ab. Sie wurden in Kisten eingepacktet, die mit seinem Risse gefüllt sind, und durch den fortwährend frischen Wasser läuft, das vermittelt eines mit 300 Ctrn. des reinsten amerikanischen Eises gefüllten Behälters auf der ganzen langen Fahrt kühl erhalten werden soll.

London, 2. März. [Parlament.] In der gestrigen Sitzung des Oberhauses legte Lord Rodhouse die Papiere bezüglich Savoyens vor. Im Unterhause sagte Peel, daß Lord Russell's Erklärung in Betreff Savoyens ungenügend sei; er will wissen, ob der Kaiser der Franzosen alle Alpenpässe nehmen wolle. Offenbar beabsichtige der Kaiser die Einverleibung Savoyens ohne Rücksicht auf die Meinung der anderen Mächte. Napoleon habe England, das ihm politische und kommerzielle Konzessionen gemacht, durch Aufnahme seiner Wünsche desappointirt; er tadelt den Kaiser in heftigen Ausdrücken. Bright findet den von Peel angeführten Ton tabelnswerth, er verschlimmere die Angelegenheit, statt sie zu bessern. Stelle es sich heraus, daß Savoyen den Anschlag an Frankreich wünsche, so habe England sich um diese Frage nicht zu kümmern. Savoyen möge eher zu Grunde gehen, als ein Konflikt zwischen Frankreich und England herbeiführen. Manners sagt, England sei bei dieser Frage sehr interessiert. Paget findet Bright's Motive eigenartig. Wilkes behauptete, Savoyen wünsche den Anschlag an Frankreich. Russell sagte, er könne seine Ansicht über die Rede des Kaisers, deren Inhalt bis jetzt bloß aus telegraphischen Auszügen bekannt sei, noch nicht ausdrücken. Erst heute habe der französische Gesandte berichtet, der Kaiser beabsichtige über diese Angelegenheit die Großmächte zu befragen. Der Kaiser halte die Einverleibung Savoyens für notwendig, er, Russell, sei nicht der Ansicht. Europa werde befragt werden und deshalb wäre der Meinungsaustrud des Parlaments jetzt belanglos. Lord Cowley habe heute von Thonnel die Versicherung erhalten, daß, obgleich dies nicht in der Rede erwähnt sei, der Kaiser die Absicht habe, die saviyische Bevölkerung zu befragen und daß die Einverleibung ohne deren Zustimmung nicht erfolgen werde.

[Sardinische und österreichische Finanzen; die Korvette „Arkona“.] Hiesigen Bankiers ist von ihren Turner-Geschäftsfreunden die Mittheilung zugegangen, daß Kardinal Antonelli namhafte Summen in sardinischen Fonds angelegt habe. Das ist interessant, ohne unwahrscheinlich zu sein. Der Kardinal traut offenbar dem österreichischen Meere mehr, als den österreichischen Finanzen, worin er mit vielen Laien übereinstimmt. — Es ist der preussischen Admiralität mit Unrecht der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Korvette „Arkona“ in nicht seetüchtigen Zustande nach Japan geschickt habe. Dem ist nicht so (wir haben jene Behauptungen auch schon aus guter Quelle zurückgewiesen; d. Red.). Es war bei ihrer Abfahrt bestimmt worden, daß sie in England vollständig in Stand gesetzt werden sollte. Die vorgunehmenden Reparaturen sind nämlich so umfassend, daß sie auf preussischen Werften, bei nicht minder großen Kosten, gewiß zweimal so viel Zeit als in England in Anspruch genommen hätten.

London, 3. März. [Parlament; Bankausweis.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses hat Lord Russell die Papiere in Bezug auf die Annexion Savoyens deponirt. Russell sagte, er habe keine Kenntniß von einem wegen Savoyen abgeschlossenen Vertrage, er könne aber im Allgemeinen sagen, er werde der Annexion nicht zustimmen ohne Mitwirkung der übrigen Großmächte, und es sei kein Grund zur Annahme vorhanden, daß Frankreich unmittelbare Schritte zur Einverleibung Savoyens machen werde. — Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,645,310, der Metallvorrath 15,171,021 Pfd. St. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 1. März. [Frankreich, Oesterreich und Italien.] Der „Constitutionnel“ veröffentlicht folgenden, schon erwähnten offiziellen Artikel: Die Depesche des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Grafen Rechberg wurde von der öffentlichen Meinung als eine ebenso offene wie entscheidende Darlegung der Verhältnisse aufgenommen, welche dem Frieden von Villafranca folgten, und der gegenseitigen Stellung, welche diese Verhältnisse Frankreich und Oesterreich in Italien bereitet hatten. Es war unmöglich, die Verhältnisse, welche die volle Ausführung der Stipulationen von Villafranca verhindern, besser darzulegen. Es wäre unmöglich gewesen, die Aufrichtigkeit Frankreichs in seinen Bemühungen zur Erleichterung der Ausöhnung der Bevölkerungen Mittelitaliens mit ihren früheren Regierungen besser hervorzuheben. Leider, wie der Minister des Kaisers es mit einer Autorität ausdrückt, welche die wesentlichen Punkte feststellt, wurde der gute Wille unserer Diplomatie weder verstanden noch unterstützt gerade von denen, welchen er am meisten zu Gute kommen sollte. Die abgesetzten Fürsten, statt italienisch zu werden, wie das Interesse und die Ehre ihrer Dynastie es ihnen anriethen, erinnerten sich zu sehr daran, daß sie bei Solferino auf Seiten Oesterreichs standen. Was den heiligen Stuhl betrifft, so bekann Herr v. Thouvenel mit Schmerz: „er hat geglaubt die Verwirklichung seiner Versprechungen auf eine bestimmte Zeit vertagen zu müssen.“ Man wird leicht die Wichtigkeit dieser aus einer so wichtigen Quelle fließenden Erklärungen verstehen. Es geht daraus hervor, daß, wenn der ehrlich angenommene Vorbehalt zu Gunsten der Herzöge nicht seine Wirkung gehabt hat, der Fehler nicht an Frankreich lag, sondern an den Fürsten selbst, welche es nicht verstanden haben oder nicht den Willen hatten, mit Entschlossenheit unter die Bedingungen sich zu stellen, welche den Vorbehalt wirksam gemacht haben würden. Also während Frankreich seinen Einfluß aufbot, die Bevölkerung für den Gedanken einer freiwilligen Restauration zu gewinnen, während es nach Florenz Vertreter seiner Politik sandte mit dem Auftrage, diese Absichten bekannt zu machen und ihrer Verwirklichung Eingang zu verschaffen, jann der Herzog von Modena über eine gewaltsame Rückkehr in seine Staaten und wartete der Großherzog von Toscana ruhig ab, bis die Nationalversammlung seine Entsetzung ausgesprochen hatte, ehe er einen Entschluß faßte, welcher vielleicht diesem äußersten Beschluß hätte vorzuziehen können. Die Verhöhnung der Fürsten und der Völker ist somit unmöglich geworden. Sollte man sie aufdrängen, nachdem man sie vergeblich gerathen hatte? Ueber diesen Punkt ist die Meinung Frankreichs niemals eine zweifelhafte gewesen. Seine Oesterreichs, obgleich durch Gründe verschiedener Art eingegeben, konnte sich unmöglich ernstlich von der unsrigen trennen. Die beiden Kaiser, welche in Villafranca eingegeben, die Rechte der Fürsten vorzubehalten, sind im Grunde auch einig darüber gewesen, dieselben nicht aufzudrängen, obgleich beide von entgegengesetzten Punkten ausgingen. Hier erscheint die Situation Italiens in Bezug auf Frankreich und Oesterreich in der ganzen Wichtigkeit des durch den letzten Krieg errungenen Hauptresultats. Dieses Resultat ist die Nichtintervention, d. h. eben die Garantie der italienischen Unabhängigkeit. Dies hat der Kaiser gleich am Tage nach dem Frieden von Villafranca proklamiert, indem er sich folgender gemäßigter Ausdrücke bediente: „Italien ist nun Herr seines Schicksals und hat es nur sich selber zuzuschreiben, wenn es nicht regelmäßig in der Ordnung und Freiheit forschreitet.“ Die Rückkehr der alten Regierungen war demnach sowohl in Villafranca als in Zürich bloß insoweit ausbedungen, als dieselbe mit der Unabhängigkeit von Italien vereinbar wäre, mit einer Unabhängigkeit, welche durch unsere Waffen begründet und durch die Verträge geheiligt wurde. Wenn in Folge der Umstände, die wir eben auseinandergesetzt haben, und die bei der vor uns liegenden Depesche so klar erörtert worden sind, diese Rückkehr unmöglich geworden, so bestehen die Verträge doch ihren Grundfäßen und ihren allgemeinen Bedingungen nach. Zwischen Frankreich und Oesterreich sind Verpflichtungen eingegangen worden, welche beide Mächte binden, und von welchen weder die eine noch die andere die Absicht haben kann, sich zu befreien. Diese Gegenseitigkeit der Verpflichtungen erscheint uns als die beste Bürgschaft für den Frieden von Europa. Diejenigen, welche die Uebereinkünfte von Villafranca und Zürich als moralisch entkräftet durch die Unmöglichkeit, die Fürsten zu restaurieren, betrachten, sind somit vollständig im Irrthum. Sie nehmen das Nebenächliche für die Hauptsache; sie vergessen, daß zwischen Frankreich und Oesterreich ein höheres Interesse besteht, welches sie bindet und sie auffordert, nicht sich zu trennen, sondern sich zu verständigen.“

[Frankreichs Politik in Italien.] Die folgenden Nachrichten dürften geeignet sein, einige dunkle Stellen in der Thronrede zu erläutern. Am 23. Februar erhielt eine Vertrauensperson des Königs Victor Emanuel in Paris die ersten Größnungen bezüglich der Ausschließung Toscanas und der Legationen von der Annexion an Piemont. Gleichzeitig beauftragte der Kaiser Herr Thouvenel mit der Ausarbeitung einer Depesche in diesem Sinne. Dieses vom 24. datirte Aktenstück (vergl. unten den telegr. Auszug) entwickelt die neue Politik Frankreichs in fünf Punkten, die in Folgendem bestehen: 1) Piemont soll in Italien keine Propaganda mehr machen und Frankreich Garantie dafür geben; 2) Ausschluß Toscanas, für welches Frankreich zwar den Herzog von Genua gern sehen würde, jedoch ohne den freien Willen der Einwohner vorgehen zu dürfen; 3) Ausschließung der Legationen, deren Schicksal vorläufig unentschieden bleibt. Der Papst könne ein Vikariat aus dieser Provinz machen und dieses Vikariat beliebig verlegen, jedoch nicht an Neapel; 4) Parma und Modena kommen zu Piemont; 5) Frankreich beansprucht Savoyen und Nizza. Die Depesche ging indessen erst am Sonnabend, den 25., Abends, von hier ab, weil sie zuvor in einem Ministerrathe besprochen wurde. In Italien fand unterdessen folgendes Intermezzo statt. Graf Cavour, der in Folge der oben erwähnten vom 23. datirenden direkten Mittheilung an den König schon am darauffolgenden Tage wissen konnte, daß eine offizielle Mittheilung bevorstand, verließ am 25. Nachts, nach dem Valle, Mailand und machte, um desto schwerer aufgefunden werden zu können, eine kleine Rundreise. Er ging nach Cremona und Piacenza, wo er mit Farini zusammentraf und, unbekümmert um die Drohungen Frankreichs (denn es droht wirklich, seine Armee zurückzuziehen), Instruktionen wegen der Wahlen gab. Die Depesche wurde Hr. v. Talleverand am Montag, den 27., nach Mailand gebracht, und er begab sich sofort, um mit Hr. v. Cavour zu konferiren, nach Turin. Dienstag, den 28., hatte er ihn aber noch nicht gesprochen, so daß man hier der piemontesischen Antwort mit immer größerer Ungeduld entgegen sah. Der Kaiser hatte nämlich für die Thronrede gern etwas Bestimmtes über diese Antwort haben wollen. Gestern ist denn auch wirklich eine solche eingetroffen, aber sie ist, wie versichert wird, unbestimmt, und es hat deshalb auch in der Rede des Kaisers kein eigentlicher Aufschluß darüber Platz finden können. (Pr. Z.)

[Tagesbericht.] Der junge Prinz Joseph Napoleon, dem jüngst das Prädikat Kaiserlicher Hoheit (siehe Nr. 52) verliehen worden, hat nun auch Oberstenrang in der Nationalgarde von Paris erhalten. Uebrigens sollen alle Mitglieder der Familie Bonaparte verpflichtet werden, dem Beispiel anderer Souveränfamilien zu folgen und im Auslande nur zeitweise und nur aus Gesundheitsrücksichten ihren Wohnsitz zu nehmen. — Der Kardinal Erzbischof von Bordeaux läßt durch die dortigen Zeitungen erklären, daß er weder zu der „Ketten wir den Papst“ betitelten Broschüre, noch zu der unter dem Namen Scherslein St. Peters verfaßten Hauskollekte seine Approbation gegeben habe. — Die drei Deputirten, deren Brief an den Kaiser die Unterdrückung des „Ocean“ und der „Bretagne“ herbeigeführt hat, Guerville, Keller und Anatole Lemercier, haben ein offenes Sendschreiben an ihre Wähler erlassen, denen sie dadurch erklären, daß sie gar nicht daran dächten, ihr Mandat niederzulegen, sondern im Gegentheil treu ihrer Gesinnung auf ihrem Posten auszuhalten würden. Dieses Sendschrei-

ben ist auch an alle Mitglieder des gesetzgebenden Körpers vertheilt worden. — Der großprachtige Dampfer „Guyenne“, welcher die Marseille-brasilische Linie eröffnen soll, wird zuvor eine Probefahrt nach Konstantinopel machen. — Die Aktionäre der allgemeinen Suezkanalgesellschaft sind auf den 15. Mai zu einer Generalversammlung einberufen worden. — Der „Toulonnais“ meldet die Rückkehr dreier Linienregimenter und eines Fußjägerbataillons aus Afrika. Man erwartet noch mehr Truppen ebendaher. — Eine Anzahl von Kauffahrtschiffen soll zum Truppentransport gemietet werden. — Die jüngste Verfügung des Kriegsministers, wonach die Soldaten künftig nicht mehr in der Kaserne, sondern in den betr. Pfarrkirchen die Messe hören sollen, hat in der Armee einen peinlichen Eindruck hervorgebracht, und man sagt, daß selbst vier Marschälle bei dem Kaiser dagegen Vorstellungen gemacht hätten. Es sind dies die Marschälle Gaxillane, Mac Mahon, Niel und Magnan. — Es wird hier sehr zahlreich eine Adresse an den Papst unterzeichnet, welche ihn ehrerbietig ersucht, seine Rechte als Souverän mit der Selbständigkeit der Romagna, durch eine Transaktion in Einklang zu bringen. Sie ist von einem Ausschuss von Geistlichen und Laien redigirt, sehr gemessen und rücksichtsvoll gehalten, und betrachtet die Frage gerade im ersten Interesse der Religion. Man kann sagen, daß die Ansicht der Majorität der Nation repräsentirt gegenüber einer legitimistischen und ultramontanen Minorität.

[Die Forderung Savoyens.] Frankreich verlangt die „französischen Abhänge der Alpen“ (les versants français des montagnes), eine geographische Bezeichnung, die auch Nizza einschließt. Daß der Kaiser diese Forderung dem gesetzgebenden Körper gegenüber laut ausspricht, bindet ihn in den Augen des französischen Volkes stärker, als ein bloßer Notenwechsel und beweist, daß er dem Mißtrauen Europas's Trost zu bieten entschlossen ist, denn dieses Mißtrauen wird schon durch die bloße Absicht im vollen Maße für alle Zukunft gerechtfertigt, und wenn er sie dennoch nicht ausführt, so würde man dies anderen Gründen als seiner nachträglichen Bekehrung zuschreiben. Abgesehen von dem bei dem Beginn des Krieges den Mächten gegebenen Versicherungen, hat der Kaiser Napoleon u. A. am 8. Juni v. J. in seiner Mailänder Proklamation den Italienern Folgendes verkündet: „Eure Feinde, welche auch die meinen sind, haben versucht, die allgemeine Sympathie, welche Europa für eure Sache hegte, zu schmälern, indem sie glauben ließen, ich führte den Krieg nur aus persönlichem Ehrgeiz oder um Frankreichs Gebiet zu vergrößern. Wenn es Männer giebt, welche ihr Zeitalter nicht begreifen, so gehöre ich nicht zu dieser Menschenklasse. Bei dem aufgeklärten Zustande der öffentlichen Meinung ist man in unseren Tagen größer durch den moralischen Einfluß, welchen man ausübt, als durch unfruchtbare Eroberungen, und nach diesem moralischen Einflusse strebe ich mit Stolz, indem ich zur Befreiung eines der schönsten Theile Europas beitrage! Die Art, wie ihr mich empfangen, hat mir schon bewiesen, daß ihr mich begreift.“ Wenn nun dennoch nachträglich an Piemont eine Kostenrechnung eingeleitet wird, die ihm zwei Provinzen abfordert, so genügt schon diese bloße Thatfache, um den Grad von Vertrauen oder Mißtrauen zu ermessen, welcher später den Worten des Kaisers zuzuerkennen sein wird, selbst wenn nicht zahlreiche frühere Proben diesen Werthmesser bereits festgestellt hätten. Bei den Franzosen wird diese Behandlung früherer Versprechungen der Popularität des Kaisers jedenfalls nicht schaden, vielmehr ist für diese das Wort von den natürlichen Grenzen (garantie indiquée par la nature même), das ihnen seit lange wieder zum ersten Male vom Throne zugeworfen wird, ein elektrischer Funke von jedenfalls wohl berechneter Wirkung. Bemerkenswerth ist, daß auch von der Befragung des Volkswillens in Savoyen und Nizza in der Rede nichts weiter vorkommt. Die sehr eklatanten Veruche der hiesigen offiziellen Blätter, eine Agitation in jenen Ländern zu Stande zu bringen, aus der sich dann das Ergebnis anscheinend, vollkommen freiwillig entwickeln sollte, sind bekanntlich kläglich gescheitert, und so läßt die Thronrede dies Thema weislich fallen. Sollte später doch noch eine Volksabstimmung beliebt werden, so würde sie erst eintreten, wenn jene Gebiete bereits entschieden von Piemont preisgegeben sind, und der ganze Apparat eines nun auf die neue Sonne angewiesenen Beamtenhums und Klerus in Bewegung gesetzt werden könnte. Was die Zustimmung der anderen Mächte betrifft, so ist die Redensart so nichtsagend als möglich: der Kaiser will nicht vorgehen, „ohne ihnen die Frage freimüthig auseinanderzusetzen“ (en exposant franchement la question aux grandes puissances). Neben dem Allen haben die freigebig eingestauten Friedensausichten keinen Eindruck machen können. (N. Z.)

Paris, 2. März. [Eröffnung des gesetzgebenden Körpers.] Gestern hat, wie bereits bekannt, der Kaiser die diesjährige Session des gesetzgebenden Körpers im großen Saale des Louvre feierlich eröffnet. Von 11 Uhr an hatten sich die Senatoren, Deputirten, Staatsräthe, Mitglieder des diplomatischen Körpers, Minister u. versammelt. An den Stufen des Thrones nahmen die Kardinäle, Minister, der geheime Rath, der Prästident des Staatsraths, die Marschälle, die Admirale, die Deputirten der Grobkreuzer der Ehrenlegion und die Staatsräthe Platz. Zur Rechten des Thrones waren die Plätze für die Senatoren, zur Linken für die Deputirten, und dahinter für die Deputationen der Großoffiziere der Ehrenlegion, für die Mitglieder der Staatsbehörden, für die Geistlichkeit u. Die obere Galerie zur Rechten war dem diplomatischen Körper reservirt, in welchem man den russischen und den persischen Gesandten, beide mit dem Großfordon der Ehrenlegion, bemerkte; die Galerie zur Linken war dicht mit Damen besetzt. Um 1 Uhr erschien, unter lebhaftem Zuruf, die Kaiserin mit den Prinzessinnen und Hofdamen und nahm auf ihrer Tribüne zur Rechten des Thrones Platz. Ihre Majestät trug ein hellgraues Kleid mit schwarzem Spizentuch, einen weißen Florbut mit rother Feder und ein prächtiges Diadem. Die Prinzessin Clotilde war himmelblau in weißen Spitzen, und die Prinzessin Mathilde trug einen gelben Kaffmirlschawl. Um 1 1/4 Uhr kündigte eine Salve von 21 Schüssen an, daß der Kaiser so eben die Tuilerien verlassen habe, und bald darauf trat Se. Majestät, von allgemeinem Zuruf begrüßt, mit seinem Gefolge durch das Hauptportal (nicht, wie sonst, durch die Seitenthür, durch welche die Kaiserin auch diesmal eingetreten war) ein, durchschritt den Saal bis zum Throne und nahm dort so Platz, daß zur Rechten Prinz Napoleon, Prinz Louis Lucian Bonaparte und Prinz Joachim Murat und zur Linken, da Prinz Jerome zu leidend war, um erscheinen zu

können, Prinz Lucian Murat und der jüngst zur Kaiserl. Hoheit erhobene junge Prinz Napoleon Joseph Charles Bonaparte zu sitzen kamen. Darauf verlas der Kaiser die bereits wörtlich bekannte Thronrede, die mehrere Male von Zustimmungsrufen der Versammlung unterbrochen, schließlich von wiederholten Vive l'Empereur! begleitet ward. Danach ersuchte der Staatsminister Fould diejenigen Senatoren und Deputirten, welche noch nicht vereidigt waren, dem Kaiser den Eid der Treue zu leisten (was geschah), und erklärte dann die Session für eröffnet. Um 2 Uhr zeigte eine abermalige Salve von 21 Schüssen das Ende der Feierlichkeit an.

[Aufnahme der Thronrede.] Die Pariser Zeitungen veröffentlichten die Thronrede ohne Bemerkung; nur die beiden Blätter „Pays“ und „Patrie“ heben hervor, daß die Stelle in der kaiserlichen Rede, worin von den natürlichen Grenzen Frankreichs die Rede ist, ganz besonders enthusiastischen Beifall hervorrief. Die Börse neigte sich zu einer Baissé, da die Situation, wie sie in der Rede gezeichnet wird, unsicher und nichts weniger als befriedigend ist. Einen noch ungünstigeren Eindruck soll die Rede bei den auswärtigen Gesandtschaften gemacht haben. Es geht das Gerücht, daß, wenn Piemont nicht nachgiebt, Frankreich sofort die Romagna und Toscana besetzen würde. Auch will man in einigen Kreisen wissen, daß Rußland für die Herzogin von Parma bestimmte Vorbehalte mache und besondere Stipulationen zu ihren Gunsten wünscht. Auch glaubt man in diesen Kreisen, daß Graf Cavour den kaiserlichen Intentionen gegenüber sein Portefeuille nicht werde behalten können.

Paris, 3. März. [Zwei französische Noten zur italienischen Frage.] Der heutige „Moniteur“ enthält eine Depesche des Herrn v. Thouvenel an den Fürsten Talleverand zu Turin vom 24. Febr. In der darin enthaltenen Darlegung heißt es, die Lage der Dinge erzeuge durch die neuesten Begebenheiten in Italien die Gefahr einer zu großen Ausdehnung des territorialen Bestandes von Piemont. Herr v. Thouvenel sagt, daß die Annexion mehr eine Manifestation gegen eine Großmacht, als ein wohlüberlegtes Hinneigen zu Sardinien sei. Die Klugheit würde Piemont rathen, diese Hinneigung zu bekämpfen. Geschehe dies nicht, so würde man ihm den Vorwurf machen, eine Sache zu verrathen (trahir), für welche die Armee vergrößert worden wäre; auch würde es dann zweien beklagenswerthen Eventualitäten, dem Kriege und der Revolution, ausgesetzt sein. Thouvenel giebt eine Lösung an, die einzige Chance der Annahme Seitens Europas habe, und Sardinien seinen ganzen moralischen Einfluß, welchen es das Recht habe auf der Halbinsel auszuüben, erhalte. Die Kombination würde sein die Vereinigung Parma's und Modenas mit Sardinien, das Vikariat des Letzteren in der Romagna Namens des heil. Stuhls, die Wiederherstellung des Großherzogthums Toscana in seiner politischen und territorialen Autonomie. Thouvenel behauptet, die Idee der Einverleibung Toscanas involvire den Hintergedanken eines Krieges gegen Oesterreich zum Zwecke der Eroberung Venetiens, und einen Hintergedanken, wenn auch nicht der Revolution, so doch wenigstens einer Bedrohung der Ruhe der päpstlichen Staaten und Neapels. Wenn das Turiner Kabinett der französischen Lösung zustimme, so würde es nicht nur eine ähnliche Kombination bei den Konferenzen oder auf einem Kongresse unterstützen, sondern es würde sie auch als unangreifbar für eine fremde Intervention erklären. Dem Turiner Kabinett freie es frei, eine andere Haltung anzunehmen, dann aber würde Frankreich um keinen Preis einwilligen, die Verantwortlichkeit für eine ähnliche Situation auf sich zu nehmen. Thouvenel bringt nun die Annexion Savoyens und Nizzas zur Sprache, die er als eine geographische Nothwendigkeit für die Sicherheit der französischen Grenzen darstellt. Er giebt an, die Annexion werde die Interessen der Schweiz schützen; Frankreich wolle die Bevölkerung Savoyens nicht zwingen und werde die Großmächte fragen, wenn ihm der rechte Augenblick gekommen scheine.

Eine Depesche von demselben Datum an den Grafen Persigny in London legt die Motive des letzten Vorschlags dar. Da Oesterreich den Vorschlag des englischen Gouvernements zurückgewiesen habe, sei dem Kaiser die Ueberzeugung geblieben, er könne sich seiner moralischen Verantwortlichkeit nur entledigen, wenn das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts, das seine eigene Legitimität konstatire, auch die Basis werde für die neue Ordnung der Dinge in Italien. Angesichts dieser Verhältnisse glaube Hr. v. Thouvenel die angegebenen Vorschläge machen zu müssen. (Tel.)

Schweiz.

Bern, 29. Febr. [Zur savoyischen Frage.] In Genf hat, dem „Bund“ zufolge, am 25. d. M. eine mysteriöse Kundgebung bezüglich der savoyischen Frage Anlaß zur Diskussion im Großen Rathe gegeben. Am Morgen jenes Tages, so berichtet das genannte Blatt, fand man an den Häusern der Stadt Plakate von rothem Papier angeschlagen, welche die Unterschrift „Cercle de la révolution“ trugen und die Bürger zur Unterzeichnung einer Adresse an den Bundesrath aufforderten, um von diesem Aufklärung über die Maafregeln zu verlangen, welche er bezüglich der Annexion der neutralisirten Provinzen getroffen. Das Erstaunen und der Unwille der zahlreichen Lesergruppen vor diesen Affischen war groß, denn wirklich ist ein „Cercle de la révolution“ in Genf ganz unbekannt und zweitens ergingen sich die unbekannten Urheber dieses Spektakelstückes in ihrem Schriftwerke in höchst beleidigenden Ausdrücken gegen fremde Regierungen. Dieselben hatten übrigens die Vorsicht gebraucht, für die Niederlegung der Listen Namen von Bürgern zu bezeichnen, welche jede Empfangnahme einer solchen zum Voraus entschieden abgelehnt hatten. Im Großen Rathe brachte James Fazy die Sache zur Sprache, indem er erklärte: Der Polizei sei kein Exemplar dieser Plakate, wie es das Gesetz vorschreibt, zugestellt worden; der Staatsrath habe daher unverzüglich dieselben abreißen und durch eine Anzeige ersetzen lassen, durch welche daran erinnert wird, daß keine Veröffentlichung durch Maueranschlag geschehen dürfe ohne vorgängige Erlaubnis der Behörde. Der Staatsrath wache mit strengem Auge über solche, Genf kompromittirende Manöver, und werde Alles thun, was in seinen Kräften stehe, um die Verwirklichung der darunter versteckten Absichten zu verhindern. Er verlangte, daß der Große Rath dem Verfahren des Staatsrathes seine Billigung erteile. Hieran unterstützte Staatsrath Buy diesen Antrag; das Genfer Volk werde trotz der Provokationen einer ausländischen Presse seine bisher gezeigte Ruhe und Festigkeit zu bewahren wissen. In gleichem Sinne

sprachen sich dann noch das konservative Mitglied Cramer und Hr. Duchsosal aus, worauf einstimmig die vom Staatsrathe verlangte Billigung seines Verfahrens ausgesprochen wurde.

Italien.

Turin, 2. März. [Rundschreiben; der Anschluß Mittelitaliens.] Ein Zirkular des Grafen Cavour vom 20. Febr. lenkt die Aufmerksamkeit auf das Zirkular des venetianischen Statthalters Grafen Bissington, welches als Benefiziarer, deren Antecedenten oder deren Haltung Oesterreich feindselig scheinen möchte, der Zwangseinstellung in eine Strafkompagnie unterwirft. Graf Cavour macht bemerkt, daß die Elastizität der Ausdrücke gestatte, die ganze männliche Bevölkerung in diese Kategorie zu klassifizieren. Er halte es für angemessen, die Aufmerksamkeit des österreichischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten auf die möglichen Folgen für Venedig bei einem solchen Zustande zu lenken. — Die „Opinione“ versichert, Graf Cavour habe Betreffs des Arrangements in Mittelitalien geantwortet, daß er die Motive darlegen werde, welche die Regierung verhindern, die ihr erteilten Rathschläge anzunehmen und daß er Frankreich aufgefordert habe, die Annexion zu genehmigen, wenn die Bevölkerungen durch ihre Wünsche ihren festen Willen ausdrücken. (Tel.)

[Louis Napoleon und die italienische Frage.] Die Thronrede des Kaisers der Franzosen bestätigt die Befürchtungen der letzten Woche nur zu sehr. (Schlimm genug, daß es in Europa so weit gekommen ist, daß Louis Napoleon den Mantel der Heuchelei, mit dem er bisher noch immer sich zu umhüllen nöthig fand, ganz ungeschont abwerfen zu dürfen glaubt! D. Red.) Die Reklamation des Landes bis an die französischen Kämme der Alpen sticht von der Mailänder Proklamation so grell ab, daß alle geschworenen Feinde Frankreichs und Italiens darüber Subel anstimmen müssen. Was das Großherzogthum Toscana betrifft, das freie Hand bleiben soll, so will der Kaiser Napoleon noch ein Uebri- ges thun und von der Wahl sowohl den Prinzen Napoleon Jerome, wie den neuerdings zur kaiserlichen Hoheit beförderten Sohn des Königs Joseph ausschließen lassen, wenn die Toscaner sich nur nicht an Sardinien anschließen. Bekanntlich sind bisher alle Versuche, den Sohn des Prinzen Jerome, wie den des Königs Joseph in Florenz angenehm zu machen, kläglich gescheitert, das Opfer der Entsetzung ist also sehr wohlfeil; und es hat auch nicht den Anschein, als ob sich die Toscaner abhalten lassen werden, ihren Wunsch, den Frankreich zu achten so oft heilig und theuer versichert hat, noch einmal feierlich fundzugeben. Wir haben bereits gemeldet, daß das Parlament zu Turin am 2. April zusammentreten wird; wir haben nun auch des Rathschlusses Erwähnung, weshalb Ricasoli, Farini und Nicasoli so mit aller Macht rüsteten und sich auf das Allerschlimmste vorbereiteten. Wie der „Indépendance Belge“ aus Turin geschrieben wird, glaubt in Italien kein Mensch daran, daß die Lösungen, die Frankreich jetzt vorschlägt, zu dauerhaften Zuständen führen können. In Rom hat die französische Partei unter den Kardinälen, die bisher sehr schwach war, bedeutend an Zuversichtlichkeit gewonnen, und Kardinal Marini, der neuerdings gegen Antonelli lebhaft Opposition macht, ist nunmehr, wie der „Indépendance“ geschrieben wird, an die Spitze der französischen vereinbarungswilligen Partei getreten, welche auf Antonelli's Sturz hinarbeitet. — Die Antwort der piemontesischen Regierung auf die französische Note ist am 29. Febr. aus Turin in Paris eingetroffen. Dieselbe lautet so, wie bereits angedeutet wurde: Cavour überläßt der allgemeinen Abstimmung der Mittelitaliener die Entscheidung über Anschluß oder Sonderstellung. Die Einheitsfrage dringt in Toscana immer tiefer in das Volk ein. Selbst die Arbeiter an der Bahn von Florenz nach Arezzo haben durch Selbstbesteuerung eine Nationalfahne anfertigen und der Regierung überreichen lassen. In den Dorfschaften ziehen die Bauern in feistlichem Zuge vor das Gemeindegewand, um ihren Beitrag zur Anschaffung der Million Gewehre auf den Altar des Vaterlandes zu legen.

Nizza, 27. Februar. [Wahlen; zur Presse.] Gestern hat die Wahl von 2 Municipalräthen stattgefunden. Da die französische Partei sich der Abstimmung enthielt (das scheint doch anzudeuten, daß dieselbe keineswegs sehr siegsgewiß gewesen; d. Red.), so nahmen von 1500 nur 374 Wähler Theil. Einer der Gewählten hatte 185, der andere 184 Stimmen. — Man bemerkt, daß die Regierung der „Gazette de Nice“ das Benefiz der juristischen Annoncen zuwande, ein Privilegium, welches bisher ausschließlich dem „Nizzardo“, Organ der italienischen Flüchtlinge, vorbehalten war.

Florenz, 25. Febr. [Ricasoli's Wirtschaft.] Man sieht fortwährend der Ankunft französischer Truppen entgegen. Die Unterdrückung einer Menge von Blättern, die theils in Rom, theils in Turin erscheinen, ist ein neuer Gewaltstreich des Diktators Ricasoli, und zugleich, was die sardinischen Blätter betrifft, eine abgeschmackte Inkonsequenz. Ricasoli behauptet, daß die Einverleibung thatsächlich vollbracht sei, alle seine Dekrete tragen die Formel „Regnando Vittorio Emanuele“, und er verbietet doch, was der König erlaubt. Es ist dies gerade so, als wenn ein französischer Präfekt die Pariser Blätter in seinem Departement verbiete. — Als der Erzbischof von Lucca gebeten wurde, der Einsegnung der Fahnen beizuwohnen, welche Ricasoli angeordnet hatte, ließ er die- selben sagen: „Ich finde es sehr dreist, daß man eine solche Forderung an einen Bischof in einem Momente stellt, wo man dem Episkopat Schweigen auferlegt.“ (N. P. 3.)

Rußland und Polen.

Warschau, 2. März. [Statistisches.] Die Bevölkerung unserer Stadt betrug der „Warschauer Zeitung“ zufolge im verfloßenen Jahre nach den so eben veröffentlichten Anzeigen 161,361 Seelen (2544 mehr als 1858), worunter 42,369 Nichtchristen. — Der landwirthschaftliche Verein dahier zählte im J. 1858 1466 Mitglieder, gegenwärtig besteht derselbe aus 2289; sein Kapital beläuft sich auf 36,000 R. S.

Sien.

Batavia, 29. Dez. 1859. [Die Expedition gegen Bont.] Den „S. N.“ gehen nähere Nachrichten über den glücklichen Verlauf der Bont-Expedition zu. Diese zweite Expedition gegen Bont auf Celebes hat, so heißt es dort, allem Anscheine nach einen raschen und vollständigen Erfolg gehabt. Die Standshaftigkeit der Bugis scheint endlich nachgegeben zu haben, und nachdem sie bei Bont tapferen Widerstand geleistet, haben sie ihren Hauptort Palempa, der als fast unnehmbar geschildert wird, aufgegeben. Es war am 10. November, als eine genügende Anzahl von Schiffen bei dem Rendezvousplatze Bulemba eingetroffen war, um den Feldzug selbst von Sanjai aus zu eröffnen, wohin sich die Segelschiffe im Schlepp der Dampfer begaben, wäh-

rend gleichzeitig eine Kolonne von 3 Kompagnien Infanterie, einer halben dreipfündigen Gebirgsbatterie und zwei Mörsern, so wie einige 20 Mann Kavallerie, unter dem Befehl von Major Staring, auf dem Landwege dorthin marschirte, der sich eingeborene Hülfstruppen aus Bonthion und Bulemba, zusammen etwa 700 Mann, anschloß. Am 3. Dezember trafen sämtliche Truppen vor Bont ein, und marschirten dann am 6. Dezember in drei Kolonnen auf Bont zu, ohne auf irgend welchen Widerstand zu stoßen, ehe sie in unmittelbare Nähe dieses Plazes gelangten. Hier eröffneten die Bugis von ihren verchiedenen Verschanzungen aus ein lebhaftes Feuer, das von der niederländischen Artillerie erwidert wurde, unter deren Schuß die Truppen zum Sturm auf Bont schritten und den Ort mit geringem Verlust nahmen. Unmittelbar hierauf rückten die Truppen unter heftigen Regengüssen noch bis Palakka vor, wo ein Lager aufgeschlagen ward. Bei einer von hier aus in der Richtung von Palempa vorgenommenen Refugiosirung stieß man bald wieder auf den Feind, der nach einem kurzen, aber heftigen Gefecht seine Verschanzungen verließ und sein Heil in der Flucht auf Palempa zu suchte. Dieser Weg wurde ihnen jedoch durch die holländische Kavallerie abgeschnitten, die ein ziemliches Gemetzel unter den Bugis anrichtete, da diese sich weigerten, ihre Waffen niederzulegen und um Pardon zu bitten. Die Masse der Flüchtlinge wandte sich unter dem Schutze der Dschungel nordwärts nach Chirana zu. Auf diese wiederholten Niederlagen hin hielt die Königin von Bont sich auch nicht mehr in Palempa sicher und floh mit solcher Eile von diesem ihren Zufluchtsort, daß die Holländer nachher, wenige Schritte von ihrem Hause, ihren Palast fanden, den sie verlassen hatte, um zu Pferde rascher fortzukommen zu können.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Die Kommission für den Antrag des Fürsten W. Radziwili, die Behandlung des landwirthschaftlichen Kreditwesens im Großherzogthum Posen betreffend, hat sich konstituiert. Zum Vorsitzenden ist gewählt: Graf Dönhofs-Friedrichstein, Freiherr v. Monteton (Stellvertreter), Herr v. Reibitz zum Schriftführer, Herr v. Rasch (Stellvertreter). Die übrigen Mitglieder sind: Graf Taczanowski, Dr. Tullamp, Graf Voß-Buch, Graf Winicki, Fürst W. Radziwili, Graf Logau, Freiherr v. Rothschütz-Trach, Graf Mielzinski, v. Treckow, Freiherr v. Gaffron, Graf Szapalski.

Haus der Abgeordneten.

Die Abg. v. Vinde (Hagen), Möller, Grobe, Jacobi, Göppels, Herberg, Müller (Mansfeld), Garford, v. Bodum-Dolfs, Wilde, Behrend (Danzig), Delius, Wegeler, Reusch, v. Diederich, Kreuß, Mäurer, Brünning, v. Stot- haufen, Gengen, v. Benda, Rohden, Dr. Hahn, Heister, Derenthal, Berens, Heil, Schmidt (Münster), Winter, Klotz, Knebel, Bemetmanns, Hölzer (Dann), Schömann, Willig, v. Beugheim haben in den topographischen Berich- ten folgende motivirte Abstimmung mitgetheilt: Die Unterzeichneten haben in der 19. Plenarsitzung des Hauses der Abgeordneten gegen die Bestimmung des §. des Gesetzentwurfs, betreffend die anderweitige Regulierung der Grundsteuer, „wonach den seit der von der Grundsteuer befreiten oder darin bevorzugten Grundbesitzern bei Gleichstellung ihrer Grundsteuer mit der ihrer Nachbarn eine Entschädigung gewährt werden soll“, gestimmt, weil 1) die sogenannten Affekationen, auf welche die Bevorzugten sich berufen, aber nur Alte der früheren Gesetzgebung, unter vorzugsweiser Theilnahme der dadurch Begünstig- ten erlassen, sind, welche durch eine nachfolgende Gesetzgebung nach den gerechten Grundsätzen der heutigen Zeit, ohne Weiteres aufgehoben werden können; 2) weil nach dem Edikt vom 27. Oktober 1810, was die Grund- steuereremtionen betrafte, die Begünstigten sich noch beinahe ein halbes Jahrhundert im Genuße dieser Bevorzugungen erhalten, somit eine ihnen etwa gebührende Entschädigung zum mehr als doppelten Betrage vorweg bezogen, beziehungsweise „auf Kosten ihrer Mitunterthanen den öffent- lichen Lasten sich entzogen“ habe; 3) weil namentlich bei allen seit 1810 vorge- kommenen Besitzwechseln die Theilhabenden sich bewußt sein mußten, daß ihnen die Heranziehung zur vollen Grundsteuer auf Grund des Gesetzes bevorstehe; 4) weil in einem Augenblick, wo mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Staate neue bedeutende Ausgaben im Interesse seiner Sicherheit nach Außen erwachsen werden, es doppelt unbillig erscheint, denselben mit einer so erheblichen Mehrbelas- tung im Privatinteresse einer so lange begünstigten gewissen Klasse seiner Unter- thanen zu beschweren; 5) weil diese Unbilligkeit sich steigert in einem Augenblick, wo ein weit größerer Theil ihrer Mitunterthanen, bei beschränkter Leistungsfähigkeit, mit einer verhältnismäßig weit erheblicheren Erhöhung ihrer Grund- steuer ohne Entschädigung betroffen wird.

Von der Kommission für das Gemeindefewesen ist der zweite Bericht ausgegeben worden. Von den 11 in demselben erwähnten Petitionen sind folgende vorzugsweise bemerkenswerth. Die Stadtverordneten zu Löwenberg in Schlesien hatten im vorigen Jahre beschloßen, ihre Beschlüsse in den Lokalblät- tern durch eine aus dem jedesmaligen Bureau bestehende Redaktionskommission selbständig zu veröffentlichen, wogegen der dortige Magistrat erklärte, daß dies ohne seine Genehmigung und jedesmalige Prüfung des Inhaltes nicht geschehen dürfe. Die Stadtverordneten beschwerten sich über diese ihnen gestellten Be- dingungen bei der k. Regierung, von der sie jedoch mit Hinweisung auf die §§. 56 und 36 der St. d. Ordnung vom Jahre 1853 abgewiesen wurden. Das- selbe geschah in der weiteren Instanz vom Oberpräsidenten der Provinz und schließlich auch vom Minister des Innern. Seit werden sich die Stadtverordne- ten in einer Petition an das Abgeordnetenhaus mit dem Antrage: dieselbe dem Ministerium zur Abhilfe zu übergeben. In der Kommission ist bemerkt worden, daß nicht, wie die Regierung in Liegnitz ansieht, alle Beschlüsse der Stadtverordneten der Zustimmung des Magistrats bedürfen, wenigstens sei ihm alle Mittheilung zu werden müßten, und daß es sich hier gar nicht um die ein- zelnen durch den Druck zu veröffentlichen Beschlüsse handelt, sondern ledig- lich um den allgemeinen Beschluß der Stadtverordneten, daß ihre Beschlüsse veröffentlicht werden sollen. Das Staats- und Gemeindefewesen könne doch kei- neswegs durch derartige Publikationen gefährdet werden, im Gegentheil dien- ten sie dazu, das Interesse an den städtischen Angelegenheiten rege zu erhalten und den Gemeindefinn zu beleben. Der in der Kommission anwesende Regie- rungskommissarius erklärte: daß die beabsichtigte Publikation der Stadtverordne- tenbeschlüsse keineswegs so ungefährlich sei, weil zu besorgen sei, daß dabei Bemerkungen mit unterließen, welche den Magistrat verletzen könnten, was wieder leicht Veranlassung zu tiefer gehenden Streitigkeiten geben würde. Hier- gegen wurde in der Kommission wieder ausgeführt: wie es leider in den letzten Jahren häufig bemerkt worden sei, daß die Selbständigkeit und die freie Be- wegung innerhalb der gesetzlichen Schranken den Städten und namentlich den Stadtverordneten durch eine zu bürokratische Handhabung des Aufsichtrechts be- schränkt und verflümmelt worden sei. Von dieser leider anscheinend zur Ge- wohnheit gewordenen Tendenz gebe der vorliegende Fall ein schlagendes Bei- spiel. Die überwiegende Mehrheit der Kommission hat sich daher für Ueber- weisung dieser Petition an die k. Staatsregierung zur Veranlassung erklärt.

In einer zweiten von gepauhaltenden Wirthen und 34 Gemeinden der Kreise Wolmirstedt und Neuhaldensleben ausgehenden Petition wird gebeten, „das Abgeordnetenhaus wolle die im Wege der Legislatur auszusprechende Auf- hebung des Edikts vom 14. Juli 1742, oder wenigstens der darin enthaltenen Werthsätze von 15 Sgr. für eine Tagesinhabung und 3 Sgr. 9 Pf. für einen Tage- arbeiter, so wie der Strafsätze des Duplum jener Beträge, bei der Staats- regierung dringend befürworten.“ Die Kommission beauftragt: Ueberweisung an das Ministerium. — Auf eine Petition des Gutsbesizers Reitenbach auf Püden und der Wirthe von 13 Dörfern des Kreises Gumbinnen, welche sich über die von der Regierung zu Gumbinnen verfügte Heranziehung zu Wege- reparaturen beschwerten, beauftragt die Kommission, der Staatsregierung gegen- über auszusprechen: daß die Vorlage eines allgemeinen Wegegesetzes baldigst er- folgen möge. — Mehrere Petitionen von Schulgen beantragen theils: daß Rechte und Pflichten der Erb- und Lehnshulsgüter in Beziehung auf Ver- waltung der Lehnshulsgüter aufgehoben werden, theils: daß den Schulgen eine ihrer Mißverwaltung entsprechende Salärirung gewährt oder ein Gefes er- lassen werde, durch welches die Amtspflicht der Erb- und Lehnshulsgüter gegen angemessene billige Entschädigung in Kapital oder Rente abgelöst werden kann. Der Regierungskommissarius hat erklärt, daß die „Uebelstände, die sich an die bisherige Form der Uebertragung des Schulgenamts knüpfen, von der Regierung als sehr beachtungswürdig betrachtet werden, und er hat die Absicht verlaßt, während sie den jetzigen Zeitpunkt noch nicht für geeignet halte, eine allgemeine Landgemeindeförderung vorzulegen, doch in Betreff der Erb- und Lehnshulsgüter im legislativen Wege Anstöße zu gewähren. Die Kommission beantragt deshalb Uebergang zur Tagesordnung über die Petition.

— Der Abg. v. Rohden und 37 Abg. der Fraktion des Zentrums haben folgenden Gesetzentwurf vorgelegt: „Im Namen des Königs. Wir, Wil- helm, Prinz von Preußen, Regent, verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtags unserer Monarchie für den ganzen Umfang derselben: §. 1. Ver- träge, durch welche Immobilien allein oder im Zusammenhange mit anderem

Vermögen von Ascendenten auf Descendenten übertragen werden, unterliegen dem gesetzlichen Kaufstempel. Es kommen jedoch für die Besteuerung des stempel- pflichtigen Erwerbspreises folgende von dem Erwerber übernommenen Verpflich- tungen und Gegenleistungen nicht in Anrechnung: 1) die von dem Erwerber übernommenen Schulden des Uebertragenden, so wie die auf den übertragenen Vermögensgegenständen haftenden beständigen Lasten und Abgaben. 2) Der zu Gun- sten des Uebertragenden und dessen Ehegatten in dem Vertrage festgesetzte Alimen- theil, die demselben vorbehaltenen Ruzungen, Leibrenten und sonstigen lebens- länglichen Geld- oder Naturalprästitionen, so wie denselben zugesicherte Alimente. 3) Die Abschuldungen, Alimente und Erziehungsgelder, welche der Erwerber nach Inhalt des Vertrages an andere Descendenten des Uebertragenden zu entrichten hat, endlich 4) derjenige Theil des Erwerbspreises, welcher dem Uebernehmer als sein künftiges Erbtheil angewiesen wird. §. 2. Wenn die von dem Erwerber übernommenen Gegenleistungen lediglich in den im §. 1. unter Nr. 1—4. einschließlich aufgeführten Verpflichtungen bestehen, so ist der Vertrag einer Schenkung unter Lebenden gleich zu achten und bleibt daher vom Kaufstempel frei. §. 3. Wenn dagegen in einem solchen Vertrage dem Ueber- nehmer Abschuldungen, Alimente oder Erziehungsgelder für andere Descendenten des Uebertragenden auferlegt sind (§. 1. Nr. 3) und der Kapitalwerth dieser Zu- wendungen zusammengekommen wenigstens 50 Thlr. beträgt, so ist zu dem Vertrage, abgesehen von dem nach §. 1. etwa erforderlichen Kaufstempel, jeden- falls ein Regestempel von 15 Sgr. resp. 2 Thlr. zu verwenden. §. 4. Die Bestimmung sub b. der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 14. April 1832 (Ge- setzammlung 1832, Seite 137) wird hierdurch aufgehoben. Die Proponenten motiviren ihren Vorschlag durch früher gefaßte Beschlüsse und namentlich durch den, wodurch die Regierung aufgefordert worden ist, einen Gesetzentwurf vor- zulegen, wodurch die Stempelgebühren der bürgerlichen Verträge weiter, als durch die Kabinettsordre vom 14. April 1832 gegeben, ermäßigt resp. auf den Be- trag des Ausfertigungstempels herabgesetzt werden.

Kokales und Provinzielles.

R. Posen, 5. März. Der Oberpräsident v. Put- kammer, der von seiner letzten Krankheit noch immer nicht voll- kommen wiederhergestellt ist, soll, wie man sagt, gesonnen sein, aus Gesundheitsrücksichten sich aus dem Staatsdienste gänzlich zurück- zuziehen.

— [Die nächste Stadtverordnetenversammlung] ist auf übermorgen, Mittwoch d. 7. d. Nachmittags 3 Uhr anberaumt. Unter den zur Verhandlung angelegten Vorlagen (vergl. die In- ferate) heben wir namentlich die über das Statut für die Stadt Posen hervor.

— [Zur Aufklärung.] Die gestrige „Volkszeitung“ bringt, mit Bezug auf die hier in der erzbischöflichen Kathedrale projek- tirte Gedächtnisfeier für den verstorbenen General Skrzynski, (zugleich mit Rücksicht auf eine desfallsige amtliche Bekanntmachung des hiesigen k. Polizeidirektoriums), eine angebliche Berichtigung Seitens des für jene Feierlichkeit hier zusammengetretenen Komite. Das Schriftstück war durch ein Mitglied des letzteren, den Herrn Dr. med. Matecki hieselbst, uns zum Abdruck zugegangen. Wir leuchten denselben ab, da wir in der Antwort eine „Entgegnung zur Berichtigung von Thatsachen“, nach Art. 26 des Preß- gesetzes, auf welchen man sich bezog, zu erkennen nicht vermochten, während wir bei jedem aufmerksamen Leser unserer Zeitung die Ueberzeugung voraussetzen dürfen, daß wir es nie an unsern guten Willen haben fehlen lassen, wo es gilt, eine wirkliche Berichtigung von vielleicht irthümlich gemeldeten Thatsachen, und damit der Wahrheit die Ehre zu geben. Das Weitere werden wir abwarten, und wollen nur bemerken, daß, wenn in Folge dieses Vorgangs es zu einem Preßprozeß käme, derselbe eine für die gesammte Zeit- ungspresse überaus wichtige Prinzipienfrage zu entschei- den haben würde.

— [Dra-Religions-Obligationen.] Mit Rück- sicht auf unsre Notiz in Nr. 52, daß von den oben genannten Obliga- tionen 83,000 Thlr. das Bankhaus H. C. Plant in Leipzig und Berlin fest übernommen habe, geht uns aus bester Quelle die Be- merkung zu, daß die Societät 85,000 Thlr. von dem Reste der Obligationen mit 203,850 Thlrn. an das genannte Haus verkauft hat, und daß also noch 118,850 Thlr. Obligationen im Bestande verbleiben.

s. Polzig, 4. März. [Subiläum.] Am 1. d. wurde auch in hiesiger Gegend eins von den seltenen Festen, das fünfzigjährige Jubiläum des k. F. Regiments Ziegler in Borschhaus Bredonia gefeiert. Er trat im Jahre 1813 als Krieger unter die preußischen Fahnen und diente als solcher bis 1830 (die drei Kriegsjahre 1813—15 werden ihm doppelt gerechnet), von welcher Zeit an er als k. Förster treu und unverdrossen wirkt. Am frühen Morgen wurde der rüstige Subilär überrascht durch schöne Gesänge, vorgetragen von seinen Enkeln unter Leitung des Lehrers Kleinhardt, seines Schwiegersohnes, worauf die Glückwünsche seiner Freunde folgten. Die im Walde gelegene festlich geschmückte Wohnung empfing Abends von den frühlichen Gästen, die von den Freunden angebracht wurden und den Subilär erkennen ließen, welche Liebe und Anhäng- lichkeit er sich erworben. Mit ehrfurchtsvollem Danke ward dabei auch Sr. Maj. des Königs gedacht, dessen väterliche Fürsorge sich auch auf die Veteranen erstreckt, zu denen unser Subilär gehört, der auch schon manchen Allerhöchsten Gnadenbeweis erhalten hat. Erst am späten Abend endete in allgemeiner Hei- terkeit das schöne Fest.

< Eissa, 3. März. [Kleine Notizen.] Ein Strafgefangener des hiesigen Kreisgerichtes war am Donnerstag unter Gefolge zweier Civilbegleiter nach Kosten abgeführt, um dort mit einem Unterungesfan- genen konfrontirt zu werden. In Wahl zwischen Radomski und Schmigel ge- lang es demselben, seine Begleiter zu bewältigen und sich gewaltsam seine Frei- heit zu verschaffen. — Die zahlreichen Freunde und Verehrer des hiesigen Post- direktors Marasi nahmen aus Anlaß des ihm Allerhöchste verliehenen Kothens Aborderns Gelegenheit, demselben ihre Theilnahme zu erkennen zu geben. Ein gemeinschaftliches Festdiner, zu welchem der Gefeierte als Ehrgast ein- geladen worden, vereinigte am vergangenen Sonntag die Elite der hiesigen Ein- wohner aus dem Militär und Civil, unter welchem letztern alle Stände und Konfessionen zahlreich vertreten waren. An den üblichen Toasten fehlte es nat- ürlich nicht. — Nach längerer Zeit wird der hiesige (Krausnitz-Kottener) land- wirthschaftliche Verein am 5. d. wieder zu einer Sitzung zusammentreten. Auf der Tagesordnung befindet sich: der Antrag auf Gründung eines Unterstützungs- vereins bei Verlusten durch die Kinderpest; Berathung darüber, welche Maß- regeln zu ergreifen seien, um die Einschleppung der Kinderpest zu verhindern; Ferner, ob Versuche mit dem Grubber gemacht werden, und welche Vortheile er der übrigen Werkzeugen gegenüber gewähre, sodann ob die rothende Egge an- gewendet werden und mit welchem Erfolge, und endlich Mittheilungen über eng- lische Landwirthschaft. — Die äußeren Gassen, die es sich seit längerer Zeit um Geschäft gemacht, werthvolle Hunde aufzufangen und abzuwickeln, sind in einigen bereits mehrfach bestraften Dieben von hier und aus Zaborowo ent- deckt und zur Untersuchung gezogen worden. Einige derselben sollen gefänglich sein. — Theaterdirektor Gehrmann erweist sich trotz der ungünstigen Witterung, welche bei der Entfernung des Theaterlofals von der Mitte der Stadt den Be- such der Vorstellungen sehr beschwerlich macht, dennoch an den meisten Abenden eines zahlreichen Theaterbesuches. Er weiß das Publikum durch eine gute und angenehme Auswahl der Stücke für die Vorstellungen zu interessieren, und das Interesse für einzelne Stücke zeigte sich so allgemein, daß sie mitunter an drei Abenden wiederholt werden mußten.

r. Wolfstein, 3. März. [Unlucksfall; Kalfiskate; Reklama- tionen.] Am 29. v. M. Abends wollten mehrere Personen auf einem Schiffe über das Eis auf dem See bei Zehlen fahren. Sie brachen ein, der Eigen- thümer L. kam unter das Eis und wurde erst nach einiger Zeit als Leiche hervor- gezogen. Die anderen Personen sind nur durch die größte Kraftanstrengung dem Tode des Ertrinkens entgangen. — In diesen Tagen wurden hier mehrere falsche (zinnerne) Thalerstücke konfiskirt, die die Zahlzahl 1814 trugen und (Fortsetzung in der Beilage.)

wegen ihrer Blässe und ihres sonderbaren Klanges sowohl auf der hiesigen Kreissteuerfasse, als auch auf der Salarienfasse, wo man sie an Zahlungsstatt angab, sofort als unecht erkannt wurden. Die Polizei entfaltete die ausgedehnte Thätigkeit, um den Ursprung zu ermitteln. — In der im vorigen Monat bei Gelegenheit des Kreisjagdschäfts stattgehabten öffentlichen Versteigerung über die für den Fall einer Mobilmachung eingebrachten Reklamationen von Reserve- und Landwehrmannschaften aus dem hiesigen Kreise sind 66 Personen als unabkömmlich erachtet worden.

Angekommene Fremde.

Vom 4. März.

BAZAR. Die Gutsb. v. Zawadzki aus Bierzenica, v. Karasnicki aus Myski und v. Rozanski aus Padniewo.
EICHENBERG BORN. Handlungs- u. Reisender Egidy aus Berlin, Handelsmann Palles aus Minsk und Kantor Mandelbaum aus Czestochowa.

Vom 5. März.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer v. Suchorzewski aus Tarnowo, Wirtsch. Inspektor Mayn aus Lagiewnik, Gutsbesitzer v. Sackowski aus Palczyn und Kaufmann Zajackowski aus Klecko.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Major im Regiment Garde du Corps Graf zu Dohna und Justizrat v. Krzyz aus Berlin, Landrath v. Reichmeister aus Dornik, Apotheker Stern aus Tangermünde, die Kaufleute Ewingsohn aus Glogau, Siemon aus Tangermünde, Eckhardt aus Stuttgart.

gart, Syhrn aus Leipzig, Gumpert, Strathmann und Sohn aus Berlin, Krause und Hoffmann aus Dürren, Lehmann aus Potsdam, Sellmar aus Hamburg, Möller aus Altona und Wiener aus Posen.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Heilbronn aus Breslau, Rentier v. Zdembiński aus Berlin, Pr. Lieutenant im 19. Landw. Regt. Friedrichs aus Stettin, die Gutsbesitzer v. Biakowski aus Pierzchno und v. Kozorowski aus Piotrkowice.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Hermes aus Rathenow, Günter aus Leipzig, Saffert aus Berlin und Lenz aus Pforzheim, Hotelier Bast aus Strzelno, die Rittergutsbesitzer Lange aus Rybno, Jenecke aus Karnisow, Borchard aus Gortatowo, Zouanne aus Kussowo, Herse aus Baborow, v. Zychlinski aus Piersko und v. Bronisowski aus Kujawen.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. Frauen v. Radonska aus Hlegocin und v. Dobrycka aus Baglin, Rittergutsb. v. Lubieniec aus Dziel, Komteffe Wlasyńska und Erzieherin Fräul. Labe aus Pawlowo, Major und Kommandeur Köhn v. Zaski aus Bissa, fürstlicher Domänen-Direktor Molinek aus Reisen und Oberförster und Generalbevollmächtigter v. Trapczynski aus Santomyski.

BAZAR. Die Gutsb. v. Kozulski aus Modlitzewo, v. Guttry aus Paryz, v. Taczanowski aus Kuczkowo, v. Gutowski aus Odrowaz, v. Doci aus Gogolewo und v. Wojczeniński aus Wiatrowo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Storzewski aus Wysoka, Serebnyński aus Chociejewo und v. Wolanski aus Wardo, Gutsverwalter Pulczynski aus Nietzanowo und Kaufmann Noa aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsb. Graf Störzewski aus Czerniejewo, Rentiere Frau v. Panajewicz und Gutsbesitzer v. Plucinski aus Uleyno, Privatmann Fischer aus Woldenberg, die Kaufleute Geisler aus Berlin und Gepphard aus Stettin.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Laffer aus Stargard in Pommern, Wehberg aus Grewelsberg und Ehrlich aus Inowracław, Buchhalter Meinde aus Pinne, Kreisrichter Manski aus Rogasen, Kreis-Ärztz Groß-Glaude aus Wogrowitz, Oberförster Chojnacki aus Dobroszewo, Apotheker Mathesius aus Wreschen, Gutsb. v. Mojszewski aus Krzymowo, Gutsbesitzer Seifert aus Kl. Gutomy und Mühlenbesitzer Henning aus Rudamühle.

EICHBORN'S HOTEL. Freischulzengutsbesitzer Wege aus Myntowo, die Kaufleute Lewin jun. aus Pinne, Auerbach aus Krotoschin und Hüllbig aus Köbau.

BUDWIG'S HOTEL. Rentier Saffe aus Bojanowo, Kaufmann Sachs aus Lauterbach und Frau Kaufmann Lazarus aus Zerfow.

DREI LILJEN. Bureau-Assistent Brihahn und die Partikuliers Frost und Symonowski aus Grätz, die Gutsb. Sahn aus Dwieczel und Benedek aus Radom.

KRAKUS GASTHOF. Sequestator Michalski aus Piekary und Frau Bürger Fraunberg aus Wogrowitz.

BRESLAUER GASTHOF. Fuhrmann Sobierajski aus Wollstein, die Händler Bauer aus Merseburg, Pechinski aus Gnesen, Schwante und Frau Händler Drechsler aus Kion.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen

am 7. März c. Nachmittags 3 Uhr.

Gegenstände der Verhandlung: 1) Das Statut für die Stadt Posen betreffend. 2) Entlastung der Kammerei, der Stadtkassen, der Depo-ital-Kassenrechnungen pro 1857, der Baurechnungen der Gasanstalt pro 1853/56 und 1857/58 und der Betriebsrechnungen der Gasanstalt pro 1856/57 und 1857/58. 3) Genehmigung zur Herausgabe bei Tit. IV. Nr. 2 des Stats der Armenkasse pro 1859. 4) Das Gehalt des Aufsehers Schöpke betr. 5) Erstattung von 25 Prozent des Zuschlages zur Mahl- und Schlachtsteuer für, an die städtischen Anstalten durch die Lieferanten Cohn und Herle gelieferte Fleisch- und Backwaren pro II. S. 1859. 6) Wahl eines Mitgliedes zur Direktion der Gasanstalt in Stelle des Herrn v. Rosenstiel. 7) Verpachtung der Kammereiwiese am Wege nach Görzyn pro 1. April 1860/63. 8) Gewerbekonzessionen. 9) Bezirksvorsteher-Wahlen. 10) Ankauf des Anbaues vom Danzigerischen Hause Nr. 44 Markt, behufs Erweiterung der Büttelstraße. 11) Zurückgabe der Pachtkaution an Badt aus dem Pachtverhältnis der Schankloale unterm Rathhause. 12) Darlehnsgeuch des Rep. Tomaszewski. 13) Acquirirung eines Theils des Engelsen Grundstücks Nr. 99 Wallischei durch Lauch. 14) Persönliche Angelegenheiten.

Tschuschke.

Provincial-Aktienbank

des Großherzogthums Posen.

Die zweite ordentliche Generalversammlung der Aktionäre (§§. 39, 40, 41 des Statuts) findet den 19. März d. J. Vormittags 9 Uhr in unserm Geschäftslokale, Friedrichstraße Nr. 17, statt.

Einschlag- und Stimmkarten werden ebendieselben an den drei vorangehenden Tagen, Vormittags von 10 bis 1 Uhr, gegen Vorlegung der Aktien (§. 40) von der Direktion ausgegeben werden.

Posen, den 27. Februar 1860.

Der Verwaltungsrath

der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen.

Vielerfeld.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Meseritz,

I. Abtheilung.

Die zu **Lirchsteig** unter den Hypotheken-

nummern 106, 88, 129, 130, 131, 132, 133,

134, 135, 136 und 137 belegenen, aus Wohn-

und Wirtschaftsgeländen, Gärten, Ackerland,

Wiesen, Schönlungen und Unland bestehende

Grundstücke, welche

a) dem Eigenthümer **Gottlieb Beyer** und

dessen Ehefrau **Louise** geborne **Fabian**,

b) dem Eigenthümer **Gottlieb Heinrich**

und seiner Ehefrau **Pauline** geborne **Fa-**

bian,

c) dem Eigenthümer **Gottlieb Drecher**

und dessen Ehefrau **Rosina** geborne **Pre-**

scher,

d) dem **Franz Pirschel** und dessen Ehefrau

Louise geborne **Rehner**,

e) dem Bürgermeister **August Wende** und

dessen Ehefrau **Emilie** geborne **Schulz**,

f) dem Fleischermeister **Albert Schwarz**

und dessen Ehefrau **Wilhelmine** geborne

Grundmann,

g) dem Tischlermeister **Johann Deutsch-**

mann und dessen Ehefrau **Henriette** ge-

borne **Borngräber**,

h) dem Bürger **Ernst Matowski** und dessen

Ehefrau **Emilie** geborne **Wende**,

i) dem Kaufmann **Michael Davidsohn** und

dessen Ehefrau **Bertha** geborne **Weyer**,

k) dem Bäckermeister **Franz Maj** und dessen

Ehefrau **Julianne** geborne **Hoffmann**,

l) dem Schmiedemeister **Wilhelm Schulz**

und dessen Ehefrau **Wilhelmine** geborne

Sammerling,

m) dem Bürger **Peter Manel** und dessen

Ehefrau **Rosalie** geborne **Mazurek**,

n) dem Schuhmachermeister **Gottlieb Schulz**

und dessen Ehefrau **Anna Marie** geborne

Böhm,

o) dem Bürger **Johann Nadler** und seiner

Ehefrau **Therese** geborne **Pyzybysko**,

geboren und von denen die unter den Nummern

129 bis 137 in den Hypothekenbüchern einge-

tragenen Realitäten früher Verdingungsstücke des

Grundstücks Nr. 88 bildeten, sollen

am 6. Juni 1860 Vormittags 9 Uhr

vor der Gerichtskommission in Lirchsteig

subhastirt werden.

Die Lage, wonach das Grundstück Nr. 106

auf 2440 Zhlr., die Grundstücke Nr. 88 und

129 bis 137 auf 8488 Zhlr. abgeschätzt worden,

so wie die Hypothekeneinlage und Bedingungen

sind in der Registratur einzusehen.

Im Exigationsstermin wird nach Anhörung der

Interessenten darüber befunden werden, ob die

Grundstücke nicht nur zusammen, sondern auch

parzellenweise ausbezogen werden sollen.

Alle Gläubiger, welche wegen einer aus dem

Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung

aus den Kaufgeldern Verdingung suchen, haben

sich mit ihrem Anspruch bei dem Gerichte zu

melden.

Öffentliche Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des

Zimmermeisters **Karl Hänsch** zu **Zabłone**,

Kreis **Boms**, werden alle diejenigen, welche

an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger

machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre An-

prüche, dieselben mögen bereits rechtshängig

sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vor-

recht bis zum 29. März c. 9 Uhr Vormit-

tags einschließlich bei uns schriftlich oder zu

Protokoll anzumelden und demnach zur Prü-

fung der sämtlichen, innerhalb der gedachten

Zeit angemeldeten Forderungen, so wie nach

Befinden zur Bestellung des definitiven Verwal-

tungspersonals auf den 16. April c. 9 Uhr

Vormittags vor dem Kommissar, Herrn

Kreisrichter **Behnauer**, im Ter-

minszimmer Nr. 10 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat

eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizu-

fügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm

Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der

Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen

Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns be-

rechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestel-

len und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, wel-

ches es hier an Befähigung fehlt, werden die

Rechtsanwälte **Justizrat Wittwer**, **Justizrat**

Kunze und **Koerbin** zu Sachwaltern vorge-

schlagen.

Wollstein, den 27. Februar 1860.

Königl. Kreisgericht, erste Abtheilung.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Grätz,

Erste Abtheilung.

den 16. Februar 1860 Nachmittags 1 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **H.**

Schlestein zu **Neutomysl** ist der kaufmänni-

che Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-

einstellung auf den 15. Februar 1860 festgesetzt

worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist

der Apotheker **Weiß** in **Neutomysl** bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden

aufgefordert, in dem

am 28. Februar 1860 Vormittags

11 1/2 Uhr

in unserm Gerichtstokale, Termiszimmer Nr. 2

vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter **Weiß**,

anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vor-

schlüsse über die Vertheilung dieses Verwalters

oder die Bestellung eines anderen, einstweiligen

Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas

an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz

oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas

verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben

zu verabsorgen oder zu zahlen, vielmehr von

dem Besitze der Gegenstände

bis zum 15. März 1860 einschließlich

dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse An-

zeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer

etwaigen Rechte ebendahin zur Konkursmasse

abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit den

selben gleichberechtigte Gläubiger des Gemein-

schuldners haben von den in ihrem Besitze befind-

lichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle diejenigen, welche an die

Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen

wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche,

dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder

nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte

bis zum 15. März 1860 einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden

und demnach zur Prüfung der sämtlichen,

innerhalb der gedachten Frist angemeldeten For-

derungen, so wie nach Befinden zur Bestellung

des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 29. März 1860 Vormittags

10 Uhr

in unserm Gerichtstokale, Termiszimmer Nr.

2 vor dem genannten Kommissar zu erscheinen.

Vor seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat

eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen bei-

zufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm

Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der

Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen

Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berech-

tigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen

und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, wel-

ches es hier an Befähigung fehlt, werden die

Rechtsanwälte **Martini**, **Kübler** und **Groma-**

dzinski zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Der Gutsbesitzer Herr **Moriz Kayser** aus

Kolatta hat uns zum Ausbau unseres desolaten

Gotteshauses einen freiwilligen Beitrag von 60

Zhlr. gegeben.

Diese edle und fromme Handlung dankend

anerkenntend, wünschen wir von Herzen, daß

Gott denselben noch lange zum Wohle seiner be-

dürftigen Nebenmenschen erhalte.

Wollstein, den 2. März 1860.

Der Synagogen-Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Bauausführung des Schauspiels „Erbe-

ber-Etablissements zu **Gonice** soll im Wege

der Submission an den Mindestfordernden ver-

geben werden und besteht dasselbe in der Aus-

führung:

1) eines massiven Wohnhauses,

2) eines aus Fachwerk zu erbauenden Stall-

gebäudes,

3) einer Umwallung,

4) eines Brunnens und

5) in den Feuerlöschgeräthschaften.

Auslastige werden hierdurch mit dem Bemer-

ken eingeladen, daß die Bedingungen, so wie

die Anschläge und Zeichnungen in dem Bureau

des unterzeichneten Kreisbaubeamten eingesehen

werden können und daß die abzugebenden Offer-

ten mit der Aufschrift (**Submissions-Sachen**)

